

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

FD 15 Politische Wissenschaft
(Otto-Suhr-Institut)

09. OKT. 1973

Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK II

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

D 21 395 E

9

Frankfurt, September 1973

Einzelpreis 1,75 DM

XIII. Jahrgang

Der lohnpolitische „heiße Herbst“ hat schon im Spätsommer begonnen. So drückend ist die Preistreiberei der Unternehmer; so akut ist die Lohnmisere der abhängig Beschäftigten! Einzig und allein die Streiks in der Metallindustrie haben zu Teuerungszulagen in zahlreichen Betrieben geführt, haben den Unternehmerverband „Gesamtmittel“ und die Industriegewerkschaft Metall an den Verhandlungstisch gebracht. Sonst hätte sich weiterhin nichts gerührt.

Die in mehreren Zusammenkünften Anfang September erfolgte Ablehnung durch den Vorstand der IG Metall, zentral – unter Umgehung der Tarifhoheit der Bezirke – über einen vorgezogenen neuen Lohn- und Gehaltstarifvertrag zu verhandeln, hat einstweilen einen plumpen Überraschungsversuch der Unternehmer vereitelt. Deren Konzeption geht dahin, wenn schon der Damm der Laufzeit gebrochen ist, so schnell wie möglich in der Metallindustrie zu einem Lohnabschluß nach ihren Vorstellungen zu kommen. Sie fürchten, angesichts der seit Wochen andauernden

Protest- und Streikwelle in den Betrieben gegen Preistreiberei und für Teuerungszuschläge, die Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten in einer regional geführten Tarifbewegung.

Die Protestaktionen gegen die Preistreiberei haben indessen auch zu einer Klärung der politischen Fronten beigetragen: Unternehmerverbände, CDU/CSU und Regierungsrepräsentanten – das ist die eine, gegen die Arbeiter und Angestellten gerichtete Front; Gewerk-

Metallarbeiter wachsam gegen Überschüttung

schaften, DKP und linke Sozialdemokraten – das ist die andere Front, die die Forderungen der abhängig Beschäftigten unterstützt. Es mag für viele Gewerkschafter desillusionierend und schmerzlich gewesen sein, wie der Bundeskanzler höchstpersönlich auf alle jene „dreinhackte, die die „Spielregeln“ der kapitalistischen Ausbeutung verletzen: die Streikenden und alle, die diese Streiks unterstützen und rechtfertigen. In solchen Existenzfragen des Systems dulden die wirklich Herrschenden keine vornehme Zurückhaltung. Da muß selbst ein Kanzler – unter dem höhnisch-heuchlerischen Beifall der CDU – mal wieder seine Systemtreue bekennen.

In dieser Situation spekuliert „Gesamtmittel“ auf regierungskonformes Verhalten von DGB und IG Metall. Man wünscht eine zentrale Nacht-und-Nebel-Aktion bei Löhnen und Gehältern auf dem Rücken der Metallarbeiter. Die neuerlichen spontanen Streiks nach den ergebnislosen Gesprächen von Anfang September sind die richtige Antwort der Arbeiter und Angestellten. Die Entfristung der Tarifverträge und die Inangsetzung einer bezirklichen Tarifbewegung in der Metallindustrie wird in dem Maße gelingen, wie die Kampfaktionen in den Betrieben verstärkt weitergehen.

gs

Aus dem Inhalt:

Entspannung ausdehnen und unwiderruflich machen	2
Gewerkschaftsjugend: Erfolgreich beim Festival	3
Lohnrunde 1973/74 begonnen: Zusammenspiel gegen Arbeiter	4
Selbsthilfe gegen Preiswucher führte zum Erfolg	6
Allein an einem Tag streikten 55 000 Arbeiter	7
Erfolgreiche Aktionen von Seeleuten und Hafenarbeitern	8
Spekulation mit dem Boden geht ungehindert weiter	10
Preise: Wunderrezepte wirkungslos	10
Gewerkschaft Holz und Kunststoff zog positive Bilanz	11
FDGB unterstützt Zusammenarbeit der Gewerkschaften Europas	12
IGM-Vorstand in die DDR – Gemeinsame Interessen vorrangig	13
IG Metall: Neue Richtlinien für die Vertrauensleutearbeit	14
IGM-Vertrauensleute beraten über Verbesserung der Arbeit	15
Die Deutsche Postgewerkschaft beginnt Grundsatzdiskussion	16
Neues Jugendarbeitsschutzgesetz: Entwurf geht am Problem vorbei	17
Unternehmer drehen jeden BetrVG-Paragraphen um	18
Berufsverbote und Entlassungen ein Hohn auf die Demokratie	19
Wien – ein Schritt zum europäischen Gewerkschafts- kongreß	20
Vorbereitung zum WGB-Kongreß auch in Sowjetgewerkschaften	21
Solidarität mit Lip-Arbeitern: Neue Kampffronten in Frankreich	22
16. Arbeiterkonferenz: Erfolgsbilanz und neue Aufgaben	23
Gepfefferte Mieterhöhungen für drei Millionen Wohnungen	24

Entspannung ausdehnen und unwiderruflich machen

Eine neue Etappe der Entspannungspolitik hat begonnen. Nachdem die internationale Vertragspolitik zu einer merklichen politischen Entspannung geführt hat und die Vorverhandlungen in Helsinki den Weg zur gesamteuropäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) gesichert haben, machen sich in der internationalen Politik auch in der BRD zwei Tendenzen bemerkbar. Reaktionäre Kräfte wollen den Entspannungsprozeß blockieren und wenn möglich, rückgängig machen. Andererseits gibt es Initiativen, den Entspannungsprozeß in der Welt weiter durchzusetzen.

Der reaktionären imperialistischen Politik dient z. B. die militärische Stärkung der NATO, die Aufrechterhaltung und Verfestigung der Feindbilder, verstärkte Hetze gegen die sozialistischen Staaten, die Unterstützung reaktionärer faschistoider Regimes in der Welt durch die USA. Bei uns in der BRD ist es vor allem die CDU/CSU, die mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts die Hallstein-Doktrin retten und wieder praktikabel machen will, was nichts anderes heißt, als die in Verträgen, auch im Grundlagenvertrag mit der DDR, völkerrechtlich anerkannte Grenze zwischen der DDR und der BRD infrage zu stellen.

In diese Richtung läuft auch der grobe Mißbrauch des Transitabkommens durch organisierten und kapitalisierten Menschenhandel. Diese und andere Wiederbelebungsversuche des kalten Krieges beweisen, daß der Kampf für eine Politik der Entspannung und der friedlichen Koexistenz von allen demokratischen und friedliebenden Kräften weitergeführt werden muß.

Für eine solche Politik der Entfaltung der friedlichen Koexistenz haben die Vorsitzenden der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder (RGW-Staaten) auf der Krim ihre Entschlossenheit bezeugt und neue Anregungen gegeben. Die Bedeutung dieses Treffens liegt darin, daß die sozialistischen Staaten ihr Friedensprogramm erneut fest umrissen haben und dazu konkrete erreichbare Aufgaben festlegten.

Leonid Breschnew betonte nach der Krim-Konferenz während einer Rede in Alma-Ata, „daß die gegenwärtige Entspannung keine vorübergehende Erscheinung ist, sondern der Beginn einer grundlegenden Neugestaltung der internationalen Beziehungen.“ Es sei die gemeinsame feste Absicht aller sozialistischen Staaten, die Konferenz für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa zum vollen Erfolg zu führen, die Entspannung in Europa über die Grenzen dieses Kontinents hinaus auszudehnen und über die ganze Welt auszubreiten.

Ein grundlegendes Ziel des „Friedensprogramms“ ist, die politische Entspannung durch die militärische Entspannung zu ergänzen, das Werrüsten einzustellen und praktische Schritte zur Einschränkung der Rüstung zu tun; die vollständige Wiederherstellung des Friedens in Indochina zu sichern und im Nahen Osten eine politische Regelung nach den Beschlüssen der UNO-Vollversammlung und des Sicherheitsrates zu erreichen, was den Abzug der israelischen Truppen aus allen besetzten arabischen Gebieten bedeutet; die wirtschaftlichen Beziehungen der sozialistischen Staaten zu kapitalistischen Ländern umfangreich auszuweiten, auch um die politische Entspannung zu untermauern. Weiter betonte Breschnew, daß im Rahmen solcher Friedensaufgaben die Zusammenarbeit aller sozialistischen Staaten mit den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas entwickelt und gefestigt werden soll.

Gerade bei uns in der BRD sollte dieses Programm für den Frieden beachtet und unterstützt werden. Es entspricht unseren eigenen Interessen. Vertreter aller demokratischen und gesellschaftlichen Organisationen, besonders der Gewerkschaften, sollten am Welttreffen der Völker für den Frieden im Oktober in Moskau teilnehmen. Dort können sie mit Recht darauf verweisen, daß die Mehrheit der Bevölkerung der BRD auf dem Weg der Entspannung weitergehen will, um sich auch von den drückenden Lasten der Rüstung zu befreien.

In den Gewerkschaften wird mit den wachsenden Kontakten unausweichlich die Erkenntnis zunehmen, daß diese großen Organisationen der Arbeitenden eine eigene Verantwortung tragen im Kampf gegen alle, die die Bundesrepublik in die alten Zeiten des sturen Feinddenkens gegen die sozialistischen Staaten zurückdrängen wollen. Es wäre darum zweifellos gut, wenn endlich der Vorschlag des WGB und des FDGB aufgegriffen würde, eine europäische Konferenz der großen Gewerkschaftszentralen, des WGB, des

IBFG und des WVA für den Frieden durchzuführen.

Die Arbeiterschaft aller Länder ist am Frieden interessiert. Darum sollten die Gewerkschaften unbeschadet sonstiger Meinungsverschiedenheiten ihr Wort für Frieden, Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit in die Waagschale der internationalen Politik werfen.

GLOSSE

Träumereien

Es gibt in der kapitalistischen Welt einige multinationale Großkonzerne, deren Wirtschafts- und Finanzkraft so gewaltig ist, daß sie internationale Währungskrisen herbeiführen und nationale Regierungen purzeln lassen können. Die Währungsspekulationen der letzten Jahre, Separatistenkriege in Kongo („Katanga“) und Nigeria („Biafra“) sowie Putschunternehmungen und Regierungsstürze in mittel- und südamerikanischen Staaten, aber auch asiatischen und Nahostländern, gehören zu den Praktiken alltäglicher Interessenwahrnehmung dieser Giganten. Der organisierte Wirtschaftsterror gegen die Volksfrontregierung Chiles ist das jüngste Glied in der langen Kette des Machtmißbrauchs des internationalen Kapitals.

Die UNO hat jetzt eine Liste der drei Dutzend größten Weltkonzerne veröffentlicht, unter denen sich auch die bundesdeutschen Chemiegiganten Hoechst und BASF befinden.

Was kann man gegen den Machtmißbrauch der Großkonzerne tun? Der Weltgewerkschaftsbund (WGB), aber auch Gewerkschaften der Bundesrepublik und andere IBFG-Gewerkschaften fördern die internationale Arbeitersolidarität und gewerkschaftliche Gegenmacht gegen die Konzernmacht. Sie verlangen strikte Kontrollmaßnahmen und Übertüfung in öffentliches Eigentum.

„Experten“ der UNO (man weiß nicht, ob sie von den Konzernen Gehalt beziehen) haben jetzt einen ganz anderen Plan verkündet: Mit einer Art Ehrenkodex sollen die Wirtschaftsriesen künftig veranlaßt werden, bei der Anwendung ihrer Macht auf Willkür zu verzichten.

Welche Träumerei! Die Wölfe sollen Vegetarier werden und die Löwen und Tiger den Prankenhieb unterlassen. Dann müßten die „Experten“ den Konzernen nur noch sagen, wie sie nachts aus dem Silberschein des Mondes Münzen prägen können.

Gewerkschaftsjugend: Erfolgreich beim Festival

Die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 sind zu Ende. Sie stellten einen Höhepunkt im Kampf der Jugend der Welt für Frieden, Freundschaft, Solidarität dar. Der Kampf um die Verwirklichung dieser Ziele geht weiter. Frieden, Freundschaft, Solidarität, das sind Ziele, die sich die Gewerkschaftsbewegung seit eh und je auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Zum ersten Male seit Bestehen der Festivalbewegung nahm auch eine Delegation der Gewerkschaftsjugend, im Rahmen des Initiativausschusses für die X. Weltfestspiele, dem 45 Organisationen aus der BRD angehörten, offiziell am Festival teil.

Mit dem Auftreten der Gewerkschaftsjugend, der mitgliederstärksten, einflußreichsten und bedeutendsten Jugendorganisation der BRD, wurde der Antrag 275 der letzten Bundesjugendkonferenz des DGB in die Tat umgesetzt. In diesem Antrag ist formuliert... „daß eine Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn in ganz entscheidendem Maße von einer Verständigung mit der DDR und Polen abhängt. Der DGB und die angeschlossenen Gewerkschaften werden aufgefordert, im gewerkschaftlichen Bereich alles zu tun, um den Kontakt zu den Ostblockstaaten auszuweiten...“.

Mit ihrem Auftreten beim Festival leistete die Gewerkschaftsjugend einen aktiven Beitrag zur Entspannung und Normalisierung und zum Ausbau der Beziehungen zur Jugend der sozialistischen Länder. Bei einem offiziellen Gespräch mit Mitgliedern des Präsidiums und des Bundesvorstandes des FDGB sowie bei mehreren Betriebsbesichtigungen und den vielfältigsten Diskussionen mit Jugendlichen aus der DDR erhielten die jungen Gewerkschafter der Bundesrepublik „Einblick in die Arbeit der Gewerkschaften und ihre Rolle in einem Staat, in dem die Produktionsmittel nicht mehr Privateigentum sind“, wie in der Abschlusserklärung ihrer Delegation festgestellt wurde. Von beiden Seiten wurde „die Notwendigkeit der Intensivierung und des Ausbaus der Kontakte zwischen FDGB und DGB betont“. (Siehe Wortlaut der Abschlusserklärung, Seite 13/14).

Die Gewerkschaftsjugend nutzte während ihres Aufenthaltes die vielfältigen Möglichkeiten, um ihre Auffassungen darzulegen, eine Darstellung ihrer Arbeit zu geben, über die Lage und Rolle der Jugend in der BRD sowie über ihren Kampf um die Verbesserung der Lage der Jugend zu berichten.

Als Referent auf der Konferenz „Junge Gewerkschafter im Kampf für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“, an der Vertreter junger Gewerkschafter aus mehr als 100 Ländern teilnahmen, betonte Walter Haas, Bundesjugendsekretär des DGB unter anderem: „Die Gewerkschaftsjugend als integrierter Bestandteil der Gesamtorganisation spielt besonders in den letzten Jahren eine wichtige Rolle in den sozialen Auseinandersetzungen.“ Denn: „Gewerkschaftliche Jugendarbeit geht nicht von irgendeiner Form der Sozialpartnerschaft aus, sondern vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital.“ Dementsprechend müsse die gewerkschaftliche Jugend-

Walter Ulbricht

Nur wenige Wochen nach seinem 80. Geburtstag ist Walter Ulbricht, Vorsitzender des Staatsrates der DDR und Mitglied des Politbüros des ZK der SED, gestorben.

Mit Walter Ulbricht ist einer der bedeutendsten und erfolgreichsten Staatsmänner der Nachkriegszeit verschieden. Seine politischen Erfahrungen, seine Beharrlichkeit und sein Glaube an die Kraft der Arbeiterklasse befähigten ihn, in der führenden Rolle des 1. Sekretärs des ZK der SED, die DDR als ersten deutschen sozialistischen Staat aufzubauen und politisch und gesellschaftlich zu festigen. Als er diese Aufgabe in die Hände eines Jüngeren legte, war die DDR in der Welt völkerrechtlich und diplomatisch anerkannt.

Nicht nur die SED und die Bevölkerung der DDR, sondern die internationale Arbeiterklasse insgesamt, hat mit Walter Ulbricht, dem Sozialisten und Kommunisten, einen hervorragenden Kämpfer für den proletarischen Internationalismus verloren. Walter Ulbricht hat in der Reihe der großen proletarischen Revolutionäre seinen Platz eingenommen.

H. S.

arbeit „neben der Analyse und der Erklärung der Gesellschaft gleichzeitig die grundlegenden Veränderungen des Gesellschaftssystems anstreben“. Auf dieser Konferenz, so erklärte die Gewerkschaftsjugend, sei „die Notwendigkeit einer europäischen Gewerkschaftskonferenz über gewerkschafts- und sozialpolitische Probleme jugendlicher Lohnabhängiger deutlich geworden“.

In einer ebenfalls stark beachteten Rede auf der Konferenz über Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution erklärte Horst Klaus, Leiter der Abteilung Jugend beim Vorstand der IG Metall: „Die zunehmenden Schwierigkeiten und Konflikte im Bildungswesen nicht nur in der Bundesrepublik kennzeichnen einen der Punkte, an denen das kapitalistische System unheilbar krank ist. Menschliche Fähigkeiten besonders in hochentwickelten kapitalistischen Ländern verkümmern, weil sich der Kapitalismus natürlich sträubt, seine eigenen Totengräber auszubilden.“ ... Jede Lehrlingsaktion für eine bessere Berufsausbildung, jede Berufsschülerdemonstration gegen ausfallende Unterrichtsstunden, unbesetzte Lehrstellen und fehlende Klassenzimmer, jeder gewerkschaftliche Lehrgang wird so zu einem Schlag gegen ein gesellschaftliches System, das noch im letzten Drittel des Jahrhunderts den Arbeiterkindern gleiche Bildungs-, Berufs- und Lebenschancen verweigert.“

Mit der Broschüre „Beiträge zur Arbeit der Gewerkschaftsjugend, herausgegeben vom DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend, wurde ein umfangreiches Material auf dem Festival verbreitet. Darin wird über die Aufgaben der „Interessenvertretung der Lohnabhängigen im Betrieb“, über den Kampf „für eine bessere Berufsbildung“ und über die „Probleme des Jugendarbeitsschutzes in der BRD“ berichtet. Anhand konkreter Fakten wird nachgewiesen, wie die Jugend der BRD schamlos ausgebeutet und unterdrückt wird.

In dieser Dokumentation werden noch einmal die wichtigsten Forderungen des DGB zum Jugendarbeitsschutz genannt. Bei einer Gegenüberstellung mit dem Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums, der im Juli 73 veröffentlicht wurde, wird deutlich: Dieser Referentenentwurf bringt keine wesentlichen Verbesserungen für die arbeitende Jugend.

Entsprechend der Zielsetzung, mit der die Gewerkschaftsjugend zum Festival fuhr, hat sie einen wichtigen, konstruktiven und erfolgreichen Beitrag für die Gewerkschaftsbewegung unseres Landes geleistet. Sie konnte in Gesprächen beim Festival die schon bestehenden bilateralen Kontakte ausbauen und neue Kontakte herstellen.

Dieter Keller

Lohnrunde 1973/74 begonnen: Zusammenspiel gegen Arbeiter

Die Streikaktionen der letzten Wochen haben die neue Lohnbewegung 1973/74 eingeleitet. Sie signalisieren eine wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter und Angestellten mit ihrer materiellen Lage. Die Reallohne stagnieren oder sinken in einer Periode überschäumenden Booms. Bei allen Lohnrunden der letzten Jahre war zu beobachten, daß die Unternehmerverbände umfassende Aktionen starteten, um die gewerkschaftlichen Lohnforderungen zu diffamieren und dadurch die Gewerkschaften unter Druck zu setzen. Auch die jeweiligen Bundesregierungen ergriffen stets Partei für das Kapital. Was sich in den letzten Wochen abspielte, entspricht dieser „Tradition“ genau. Wir erleben eine konzentrierte Aktion der Unternehmerverbände, der Bundesregierung, der Bundestagsparteien und der Massenmedien gegen die Arbeiterklasse.

Der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, schrieb in „Metall“ (20. 8. 73): „Wir stehen am Beginn einer beispiellosen Diffamierungskampagne gegen die gewerkschaftliche Tarifpolitik. In den letzten Tagen ist ein fatales Zusammenspiel sichtbar geworden: Das Zusammenspiel zwischen Konjunkturforschern, den Propagandathesen von Gesamtmetall und Stimmen aus dem Regierungslager, denen angesichts wachsender Legitimationsprobleme für die Stabilitätspolitik die soziale Orientierung abhandeln zu kommen droht.“

Wir können beobachten, wie Unternehmerverbände und Bundesregierung sich die Bälle zuwerfen, wenn auch die Regierung den Anschein zu erwecken versucht, daß sie neutral sei. Gegenüber den Arbeitern und Angestellten wird vor allem versucht nachzuweisen, daß eine Gewinnexplosion nicht stattfindet und daher alle darauf basierenden gewerkschaftlichen Forderungen ungerechtfertigt seien. Dabei haben es die Unternehmer schwer; denn selbst der ihnen gut gewogene Sachverständigenrat hatte Anfang Mai in einem Sondergutachten prognostiziert, daß die Unternehmergewinne für das Jahr 1973 um 17 Prozent und für das 2. Halbjahr 1973 um nicht weniger als 24,5 Prozent steigen werden.

Flugs lieferte ein interministerieller Arbeitskreis „Gesamtwirtschaftliche Voraussetzungen“ am 15. Mai mit seiner Behauptung, daß infolge der sogenannten Stabilitätspolitik der Regierung Gewinne und Löhne sich 1973 annähernd proportional entwickeln würden und keine Gewinnexplosion stattfände, den Unternehmern die gewünschte Munition.

Wir haben in NACHRICHTEN mehrmals den Beweis geliefert, daß die sogenannte Stabilitätspolitik weder die Ursachen der inflationären Entwicklung trifft noch das Großkapital. Wenn ein Teil der Arbeiter und Angestellten auch

keine „Stabilitätsabgabe“ zahlt, so ist die Lohnsteuer nach wie vor die entscheidende Steuer mit einem enormen Wachstum.

Minister Friderichs, der sich des besonderen Wohlwollens des Großkapitals erfreut, schrieb an alle Teilnehmer der konzentrierten Aktion und forderte, unter Hinweis auf das Machwerk des interministeriellen Arbeitskreises, die Unternehmen und Gewerkschaften auf, dies bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.

Der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), Otto A. Friedrich, antwortete: „Ich begrüße es sehr, daß die Bundesregierung den zum Teil entstandenen falschen Vorstellungen hinsichtlich der zu erwartenden Entwicklung der Unternehmenserträge entgegentritt.“ Friedrich verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß in den Vorjahren eine beträchtliche Umverteilung zugunsten der Arbeiter und Angestellten zu verzeichnen gewesen sei. („der arbeitgeber“, 3. 8. 1973). Das der CDU nahestehende Münchener Ifo-Institut findet sogar, daß es einen Nachholbedarf bei den Gewinnen gäbe („Handelsblatt“, 8. 8. 1973).

Es ist keinesfalls nur der FDP-Minister Friderichs, der das Feuer gegen die Gewerkschaften schürt. Dazu gehört auch SPD-Minister Schmidt. Wie schon Ende 1972, als er eine Lohnleitlinie von 7 Prozent vertrat, betonte er jetzt, daß eine durchschnittliche Lohnerhöhung um 15 Prozent im Jahre 1974 zu schwerem Schaden in der Beschäftigungslage führen würde. („Welt der Arbeit“, 24. 8. 1973). Schmidts Staatssekretär Hans Hermsdorf erklärte am 12. August im Saarländischen Rundfunk, daß er es nicht für gut halte, in die „neuen Tarifrunden mit hohen Prozentsätzen hinzugehen. Dies würde nicht nur die Inflationstendenz weiter anheizen, son-

dern es würde auch Probleme in der Beschäftigung geben.“ („Bulletin“, 14. 8. 1973).

Die Drohung mit Arbeitslosigkeit ist nicht nur deshalb besonders hinterhältig, weil es immer die maßlose Profitgier war, die Krisen und Arbeitslosigkeit hervorrief, niemals aber die Löhne der Arbeiter, die stets nur einen Teil des von ihnen erzeugten Wertes erhalten, sondern auch deshalb, weil die Arbeiterklasse von allen wirtschaftlichen Entscheidungen ausgeschlossen ist.

Es fällt auf, daß die in Bonn verantwortlichen Politiker sich über die entscheidenden Inflationsursachen ausschweigen. So sagen sie kein Wort zur Dollarschwemme, die allein von Juni 1972 bis Juni 1973 den Wert der Dollars bei der Bundesbank von 45 auf 66 Mrd. DM anschwellen ließ; sie sagen nichts zu den enormen Handelsbilanzüberschüssen, die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres die Summe von 12,9 Mrd. DM erreichten. Im Juli erhöhte sich diese Summe schon wieder um 2,9 Mrd. DM. Damit verbunden ist eine gewaltige Vermehrung des Geldumlaufs. Sie schweigen sich aus über die schnelle Konzentration wirtschaftlicher Macht und die auf ihr basierende Preistreiberie.

Die CDU/CSU fährt gegenwärtig mehrgleisig. Strauß richtete einen Appell an die Unternehmer zur Einigkeit in allen wichtigen sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen. („Handelsblatt“, 23. 7. 1973). Der CDU-Generalsekretär Prof. Biedenkopf leitet seine Maßhaltappelle aus seiner Behauptung ab, daß wir als Volk über unsere Verhältnisse leben würden. („Der Gewerkschafter“, Nr. 8/1973). Als Köder für die Gewerkschafter wirft die CDU eine Verdoppelung des sogenannten Arbeitnehmerfreibetrags von 240 auf 480 DM aus. Sie weiß selbstverständlich auch, daß diese Maßnahme, ohne grundlegende Änderung der Steuerprogression, dem einzelnen Beschäftigten einen monatlichen Betrag zwischen nur 4,20 und 6,50 DM einbringen würde. („Handelsblatt“, 23. 8. 1973).

Die Gewerkschafter sollten bei der Aufstellung ihrer Lohnforderungen solchen Sirenenklängen keinen Glauben schenken, zumal mit Steuersenkungen in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu rechnen ist, denn Bundeskanzler Brandt hat deutlich gemacht, daß er eine Senkung der Lohnsteuer „in dieser Zeit“ als „nicht vernünftig“ ablehnt. („Bulletin“, 21. 8. 1973). Bundeskanzler Brandt ist in der gegenwärtigen Kampagne eine besondere Rolle zugeordnet. Er nutzt die ihm von vielen Arbeitern entgegengebrachte Sympathie, um das Geschäft der Unternehmer zu besorgen.

Bereits in seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 mutete er der Arbeiterklasse zu, „im Zuwachs des Verbrauchs auch einmal langsamer zu tre-

ten“. Nachdem dies inzwischen erreicht wurde, unternimmt er alles, um zu verhindern, daß die Arbeiter und ihre Gewerkschaften das Ergebnis korrigieren. Er will ein „aufeinander abgestimmtes Verhalten“ von Unternehmern, Regierung und Gewerkschaften, also einen „Stabilitätspakt“. („Bulletin“, 21. 8. 1973).

In seiner Fernsehansprache am 28. 8. 1973 wandte er sich nicht gegen das Profitstreben der Unternehmer, prangerte er nicht diejenigen an, die den Lebensstandard der Arbeiterklasse gefährden und damit die Unruhe in die Betriebe tragen, solidarisierte er sich nicht mit den berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten, sondern warnte er vor „überzogenen Lohnforderungen und suchte die „Unruhestifter“ in den Reihen der Beschäftigten.

Wie schon im Vorjahr, versucht die Regierung die Gewerkschaften auf eine Lohnpolitik festzulegen, die die Profite des Kapitals unangetastet läßt. Zu der Frage der Lohnleitlinien oder Orientierungshilfen erklärte Staatssekretär Hermsdorf, daß er es für notwendig halte, „intern mit Gewerkschaftsführern darüber zu reden. Ich würde es aber für falsch halten, öffentlich Orientierungshilfen zu geben.“ („Bulletin“, 14. 8. 1973). Die Regierung ist folglich für Lohnleitlinien, jedoch sollen von ihrer Existenz die Gewerkschaftsmitglieder nichts erfahren.

Die Taktik der Regierung und der Unternehmer läuft gegenwärtig darauf hinaus, die Gewerkschaften dahin zu drängen, keinen Nachschlag auf die laufenden Tarifverhandlungen durchzusetzen, sondern vor Ablauf der Verträge neue Tarifverträge auf der Basis ihrer Lohnleitlinien abschließen zu lassen. Angesichts dieser Situation ist für die Gewerkschafter keine Zeit zu verlieren, ihre Vorstellungen über die künftigen Abschlüsse auszuarbeiten. Der geeignete Ort sind hier die gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörper und die Vertreterversammlungen.

Aus der Preissteigerung, der Erhöhung der steuerlichen Belastung und der steigenden Sozialversicherungsbeiträge ergibt sich, daß eine 10- bis 11prozentige Lohnerhöhung erforderlich ist, um nur den Reallohn zu sichern. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten an der diesjährigen Steigerung der Arbeitsproduktivität von 7 Prozent noch nicht den geringsten Anteil hatten, wäre eine Lohnerhöhung von 18 Prozent keinesfalls unangemessen.

Auf der Grundlage der DGB-Zielprojektion 1972 ergeben sich sogar noch höhere Zahlen. Sie sah vor, bis zum Jahre 1977 eine jährlich durchschnittliche Erhöhung der Realeinkommen von 4,5 bis 5 Prozent zu erreichen. In Perioden der Hochkonjunktur muß, soll die Projektion realisiert werden, mindestens

der obere Richtpunkt von 5 Prozent durchgesetzt werden. 1973 ist jedoch keine Realloohnerhöhung zu verzeichnen. In einem Interview mit der „Welt der Arbeit“ vom 24. 8. 1973 erklärte der Vorsitzende der IG Metall, Loderer, daß durch die inflationäre Entwicklung ein Nachholbedarf entstanden sei.

Dieser Nachholbedarf für 1973 beträgt nach der Zielprojektion des DGB 4,5 bis 5 Prozent. Da aber auch 1974 und für die darauf folgenden Jahre Einkommensverbesserungen in dieser Größenordnung erreicht werden sollen, ergäbe sich eine Forderung von 20 bis 21 Prozent (11 Prozent Kaufkraftsicherung und für die Jahre 1973 und 1974 jeweils 4,5 bis 5 Prozent = 9 bis 10 Prozent).

Es gibt nicht wenige Gewerkschafter, die der Meinung sind, daß es notwendig sei, um für alle die elementaren Lebensbedürfnisse zu sichern und zugleich eine einheitliche Kampffront zu gewährleisten, einen Sockelbetrag zu fordern und darauf einen Prozentsatz. Bei einem durchschnittlichen Bruttolohn von rund 1500 DM würde dies unter Zugrundelegung der oben angeführten Zahlen bedeuten, daß der Sockelbetrag mindestens 150 DM betragen und darauf noch eine Lohnerhöhung von 8 bis 10 Prozent kommen müßte.

Wenn die künftige Preiserhöhung einigermaßen realistisch in das Kalkül gezogen würde, dann wäre eine kürzere Laufzeit als bisher üblich angemessen. Angesichts der galoppierenden Inflation wäre es jedoch denkbar, in die Tarifverträge eine Klausel aufzunehmen, die bestimmt, daß, wenn der Lebenshaltungskostenindex eine bestimmte, vorher festgelegte Grenze überschreitet, bei Halbzeit der Verträge diese zum nächsten Monatsende gekündigt werden können.

Für die Verwirklichung einer aktiven kämpferischen Lohnpolitik ist das autonome Handeln der Gewerkschaften von ausschlaggebender Bedeutung. Der einzige Maßstab, den es dabei anzulegen gilt, sind die Interessen der Mitgliedschaft und die an diesen orientierten Beschlüsse. Eine aktive Lohnpolitik erfordert, das vorhandene Kräfteverhältnis voll und ganz zu nutzen, um es in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern voll einzusetzen. Die gewerkschaftliche Macht ist umso stärker, je fester die Mitglieder hinter ihrer Organisation stehen. Dazu ist notwendig, die innergewerkschaftliche Demokratie voll zu entfalten und die Mitgliedschaft in allen Phasen der Lohnauseinandersetzung, von der Aufstellung der Forderung bis hin zum Abschluß des Tarifvertrages, fest einzu beziehen. Das ist das Kernstück der aktiven Lohnpolitik und daran darf nicht gerüttelt werden. Heinz Schäfer

Auch Postler kampfbereit

Auf seiner Tagung am 17. August 1973 in Frankfurt hat der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) in einer Entschliebung erneut sein Verlangen nach einem 13. Monatsgehalt bekräftigt, nachdem bereits am 10. Mai bei der Kündigung der Zusatztarifverträge eine entsprechende Forderung erhoben worden war. In einer der Presse übergebenen Erklärung läßt der Hauptvorstand keinen Zweifel daran, daß die Unruhe unter den bei der Post Beschäftigten zu Störungen des Post- und Fernmeldebetriebes führen könne, wenn es nicht bald zu einem befriedigenden Abschluß komme. Bundesregierung und Bundespostministerium werden aufgefordert, noch im September ein akzeptables Angebot zu machen.

Bereits Ende Juli hatte die Frankfurter Ortsverwaltung der DPG dem Hauptvorstand empfohlen, zunächst Schwerpunkstreiks in allen wichtigen Post- und Fernmeldeämtern im Frankfurter Bereich durchzuführen.

Neben dem Verlangen nach dem 13. Monatsgehalt mehrten sich auch die Forderungen nach Teuerungszulagen. In einer einstimmig angenommenen Entschliebung des Amtsgruppenvorstands beim Frankfurter Postamt 1 wird rückwirkend ab 1. Januar 1973 für alle Postbediensteten eine monatliche Teuerungszulage von 150 DM verlangt. In der Begründung wird betont, daß die Steigerung der Lebenshaltungskosten zu einem erheblichen Kaufkraftverlust geführt habe. „Die Bezüge-Erhöhung vom 1. 1. 1973 ist durch Preiserhöhungen, Beitragserhöhungen usw. aufgesogen, so daß das Realeinkommen der Postbediensteten in diesem Jahr bereits um 7,5 Prozent abgesunken ist. Eine etwa vorgesehene Erhöhung der Sonderzuwendung zu einem vollen 13. Monatsgehalt kann den Besoldungsrückstand in keinem Fall ausgleichen.“

Darüber hinaus wehren sich die Frankfurter Kollegen gegen die Absicht des Ehmke-Ministeriums, für die mehr als 10 000 im Betriebsdienst beschäftigten Frankfurter Postler die wöchentliche Arbeitszeit zwischen zweieinhalb und vier Stunden zu verlängern. So sollen die betriebsbedingten Unterbrechungen bzw. Pausen auf die Arbeitszeit angerechnet werden und Arbeitszeitverkürzungen für besondere Arbeitserschwernisse wegfallen. Die Vertrauensleutekonferenz der DPG-Ortsverwaltung Frankfurt beschloß, „allen Versuchen, den sozialen Besitzstand der Postangehörigen zu demontieren, mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln schärfstens entgegenzutreten“.

Selbsthilfe gegen Preiswucher führte zum Erfolg

Während die Regierung mit Wohlwollen punktuelle „Käuferstreiks“ von Hausfrauen betrachtet, die Gewerkschaftsführungen solche Lösungen wie „Kauft nicht die teuren Fleischsorten, sondern die weniger teuren“ oder „Für fleischlose Tage“, „Eßt Eier statt Beefsteak“ propagieren, haben Arbeiter in den Betrieben massenhaft einen anderen Weg beschritten und höhere Löhne durchgesetzt. Die Arbeiter sind es leid, sich von den Stabilitätsversprechungen der Regierung an der Nase herumführen zu lassen.

Fast unübersehbar ist die Zahl der Beschäftigten in Abteilungen einzelner Werke bis hin zu Großbetrieben, die zur Waffe des Streiks griffen, um Teilforderungen durchzusetzen. Es ging um die Erhöhung der Stundenlöhne bzw. um pauschale Zuschläge zu den Monatseinkommen; in jedem Falle um einen Ausgleich zur eingetretenen Teuerung. Eine neue Aktivität der Arbeiterklasse in der BRD wurde sichtbar. Die Arbeiter und Angestellten sind nicht kampfesüchtig, sondern entschlossen, ihre Interessen gegen Unternehmer und Regierung zu verteidigen. Sie übergehen auch die beschwörenden Formeln von Gewerkschaftsführungen, die auf Friedenspflicht und Vertragstreue hinweisen.

Die Arbeiter sind so frei und handeln selbst. Das ist gut so und gibt auch den Gewerkschaften neue Impulse für einen aktiven, von der Regierung unabhängigen Kampf für die Durchsetzung der Arbeiterinteressen.

Die bisherigen Arbeitskämpfe, die von Unternehmern, Regierungsvertretern und auch rechten Sozialdemokraten als „wilde Streiks“ verschrien werden, entzündeten sich jeweils an der konkreten Lage im Betrieb und verlaufen in der Regel einheitlich und diszipliniert. Zu Störungen kommt es nur dort, wo die Unternehmer versuchen, mit Polizeigewalt die Arbeiter zu hindern, ihren berechtigten Kampf einheitlich durchzuführen. Aus der Fülle der betrieblichen Streiks seien hier drei Beispiele angeführt, die jeweils spezifische Erfahrungen vermitteln.

Der „Hella“-Konzern (ca. 12 000 Arbeiter und Angestellte) produziert Elektroausrüstungen für Kraftfahrzeuge. In den zwei Betrieben dieses Unternehmens in Lippstadt/Westfalen arbeiten etwa 8000 Arbeiter und Angestellte. Davon sind ca. die Hälfte ausländische Kollegen. Ohne sie ist bei „Hella“ in Lippstadt die Produktion nicht aufrechtzuerhalten. Die Lage in den Betrieben wird stark dadurch gekennzeichnet, daß die ausländischen Kollegen fast ausschließlich in die unteren

Lohngruppen eingestuft sind, ihre deutschen Kollegen in die oberen.

Die Werkleitung wollte das „Lohngefälle“ im Betrieb noch mehr zu Ungunsten der ausländischen Arbeiter verschlechtern, indem etwa 300 deutschen Arbeitern in der Abteilung Werkzeugbau eine Teuerungszulage

Lohnrunde in der Papierindustrie

Eine „harte Tarifaueinandersetzung“ in der Papierindustrie kündigte der stellvertretende Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Werner Vitt, Ende August in einem Interview mit einer hannoverschen Zeitung an. Der Grund: Die Unternehmer sperren sich gegen die gewerkschaftlichen Forderungen für die Beschäftigten in der papiererzeugenden Industrie der Bundesrepublik. Erste Verhandlungen, so in Westfalen, Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein, führten zu keinem Ergebnis.

Die Tarifverträge für die Arbeiter und Angestellten sind von den zuständigen Bezirksleitungen der IG Chemie-Papier-Keramik in allen Tarifgebieten zum 31. August gekündigt worden. Die angesichts der unverminderten Teuerungswelle bescheidenen Forderungen bewegen sich zwischen 12,6 und 15 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung. In Bayern wurde als Nachholbedarf eine Voranhebung der Tariflöhne um 30 Pfennig die Stunde verlangt, worauf dann eine Erhöhung um 9,5 Prozent bzw. beim Gehalt um 14,5 Prozent erfolgen soll. Die Gewerkschaft fordert in allen Tarifbezirken ferner die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen und in einigen Bereichen die Zahlung einer Sparförderung nach dem 624-DM-Gesetz in Höhe von 26 DM monatlich.

In einer Presse-Erklärung kritisierte die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) am 14. August die

von 15 Pfennig auf den Stundenlohn bezahlt wurde, aber alle anderen Abteilungen leer ausgehen sollten.

Die ausländischen Arbeiter forderten für sich und ihre deutschen Kollegen einheitlich eine Teuerungszulage von 50 Pfennig. Sie legten die Arbeit nieder, wodurch beide Werke in Lippstadt zum Stillstand kamen.

Die Werkleitung wollte den Streik mit Polizeigewalt brechen. Aus Bochum rückte Bereitschaftspolizei an. Eine Hundertschaft besetzte das Hauptwerk. Diese Polizei wurde gegen demonstrierende ausländische Arbeiter eingesetzt. Da die Unternehmensleitung sich unnachgiebig zeigte, mußte der Streik mehrere Tage fortgesetzt werden.

Durch die Entschlossenheit der ausländischen Kollegen wurde schließlich „Hella“ gezwungen, allen in Lippstadt Beschäftigten für die unteren Lohngruppen 40 Pfennig pro Stunde und für die oberen Lohngruppen 30 Pfennig zu bewilligen. Der geforderte

Forderungen der Papierarbeiter und ihrer Gewerkschaft. Damit distanzierte sich die IG Chemie „von jeder verantwortungsbewußten Tarifpolitik, die gerade zum jetzigen Zeitpunkt im Zuge der gemeinsamen Bemühungen aller verantwortlichen Kräfte um Rückgewinnung der Preisstabilität von ganz besonderer Bedeutung sei“.

Abgesehen davon, daß niemand die Unternehmer hindert, mit der Preistreiberei endlich aufzuhören, ist diese Erklärung sowieso an die falsche Adresse gerichtet. Denn obgleich im vergangenen Jahr in der Papierindustrie das Produktionsergebnis je Beschäftigten um 15 Prozent stieg, ist von Preisstabilität oder gar Preissenkungen in dieser Branche nichts bekannt. Allein die Beteiligung der Beschäftigten an ihrer eigenen Leistungssteigerung rechtfertigt Lohn- und Gehaltserhöhungen in der verlangten Größenordnung. Dabei sind die gestiegenen Lebenshaltungskosten völlig unberücksichtigt geblieben. Von einer Erhöhung des Anteils der Arbeiter und Angestellten am Produktionsergebnis kann bei den genannten Forderungen schon gar keine Rede sein.

Die Beschäftigten und Gewerkschafter in der papiererzeugenden Industrie sind darum gut beraten, wenn sie sich ohne Illusionen für die volle Durchsetzung ihrer Forderungen engagieren und auf eine harte Auseinandersetzung einstellen. Sb.

Polizeiabzug wurde durchgesetzt; die Bezahlung von drei Streiktage und die Zusicherung, „keine Repressalien“ zu versuchen, ebenfalls erreicht. Das ist ein guter Erfolg für die ausländischen und deutschen Beschäftigten.

Für die gewerkschaftliche Betriebsarbeit wirkt dieser Streik die wichtige Frage auf: Wie kann künftig eine offene und organisierte Solidarität durch gemeinsame Forderungen und gemeinsamen Kampf der ausländischen und deutschen Kollegen erreicht werden? Es gilt, allen Diskriminierungen der ausländischen Arbeiter entgegenzutreten.

Im Betrieb „Pierburg“ in Neuss streikten 3000 ausländische Arbeiterinnen fünf Tage in voller Einmütigkeit und erzielten eine Erhöhung der Stundenlöhne um 53 bis 65 Pfennig (gefordert wurde eine Mark Erhöhung der Stundenlöhne) sowie die Abschaffung der Lohngruppe 2 (Leichtlohngruppe). Dieser Erfolg ist in erster Linie das Verdienst der Frauen und Mädchen aus Griechenland, Italien, Spanien und der Türkei. Der Versuch, die Streikfront der Frauen und Mädchen mit Knüttelattacken der Polizei zu brechen, mißlang. Auch der Versuch, die deutschen Arbeiter gegen ihre Kolleginnen auszuspielen, schlug fehl.

Am vierten Streiktag schlossen sich die 500 deutschen Kollegen des Betriebes — hauptsächlich Facharbeiter — dem Streik an. Groß war auch die Solidarität anderer Neusser Arbeiterinnen und Arbeiter mit den mutigen Frauen und Mädchen bei „Pierburg“, die trotz Mißhandlungen durch die Polizei bis zum Erfolg durchhielten. „Mit lachenden Gesichtern gehen die Frauen und Mädchen aus zwölf Nationen Arm in Arm auf dem Hof spazieren. Viele von ihnen tragen rote Rosen im Haar, an der Bluse, am Arbeitskittel“, schrieb die Zeitung der DKP (UZ).

Wie in Lippstadt bei „Hella“, erwiesen sich die Frauen und Mädchen aus anderen Ländern als Teil der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik und erreichten z. B. in ihrem Betrieb die Durchsetzung einer seit langem erhobenen gewerkschaftlichen Forderung, nämlich die Abschaffung der Leichtlohngruppen, die besonders allen Frauen Nachteile bringen.

Opel in Bochum ist mit 19 000 Beschäftigten ein Schlüsselbetrieb des Opel-Konzerns in Westeuropa. Der Betriebsrat forderte bei der Geschäftsleitung in Rüsselsheim eine Teuerungszulage. Die Geschäftsleitung lehnte ab. Die Konzernleitung von Opel in den USA bekräftigte die Ablehnung. Die

Allein an einem Tag streikten 55 000 Arbeiter

Am 24. August traten annähernd 1000 Arbeiter der Endmontage der Kölner Fordwerke in den Streik. Daraufhin sperrte die Betriebsleitung die 30 000-köpfige Belegschaft aus. An den folgenden Tagen zogen Tausende von Belegschaftsmitgliedern in langen Demonstrationen durch das Werks Gelände — mit ihrer Forderung auf Transparenten: „1 DM Zulage in der Stunde“. Von der Betriebsleitung herbeigerufen, ging die Polizei brutal gegen die Arbeiter vor. Viele wurden rücksichtslos zusammengeschlagen, nicht wenige verletzt, einige wurden festgenommen und mit Gewalt in Polizeiwagen gezerrt. Angesichts der Kampfkraft der Belegschaft war die Betriebsleitung zu Zugeständnissen bereit. Neben einer Teuerungszulage von 280 DM erhalten die Beschäftigten drei Streiktage bezahlt.

An Rhein und Ruhr kam es nach einer unvollständigen Übersicht allein am

Arbeiter forderten eine Teuerungszulage von 300 Mark.

Durchgesetzt wurde in dem Streik eine pauschale Summe von 280 DM als Zulage auf die Löhne für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1973 und eine Vorauszahlung auf das Weihnachtsgeld von 100 DM. Diese 380 DM sollen bei der nächsten Lohnzahlung ausgehändigt werden.

Die Streiks der letzten Wochen haben bereits ein Ausmaß, vergleichbar mit denen im Herbst 1969, erreicht. Das Beispiel der betrieblichen Erfolge wirkt anfeuernd. Hier ist eine große Chance für die Arbeiter und Angestellten sichtbar, durch eigene Aktionen eine echte aktive Lohnpolitik zu praktizieren, so wie sie in den Zielprojekten des DGB als Aufgabenstellung anvisiert wurde.

Wenn die Streikaktionen auch ohne die Gewerkschaftsleitungen ausgelöst und geführt wurden, waren und sind die Gewerkschaften im Betrieb aktiv daran beteiligt. Offiziell machen die Gewerkschaften die Unternehmer dafür verantwortlich, daß diese Aktionen stattfinden. Obwohl das richtig ist, gehört die ganze aktive Solidarität der Gewerkschaften den streikenden Arbeitern, denn diese sind im Recht. L.

25. August zu Arbeitskämpfen von rund 55 000 Arbeitern und Angestellten. Darunter waren auch die 19 000 Belegschaftsmitglieder der Opel-Werke in Bochum, die eine Teuerungszulage von 300 DM verlangten. 180 DM Teuerungszulage und 100 DM Vorgriff auf das Weihnachtsgeld war das Angebot der Direktion. Unmißverständlich sagten die Arbeiter nein. Schließlich mußte sich die Geschäftsleitung zur Zahlung einer Teuerungszulage von 280 DM und 100 DM Vorgriff auf das Weihnachtsgeld bereiterklären. Diese Teuerungszulage erhalten auch die Beschäftigten im Opel-Hauptwerk Rüsselsheim.

Weitere Erfolge im Lohnkampf gab es bei der Firma Klimsch in Frankfurt. Für das zweite Halbjahr 1973 erhält hier jedes Belegschaftsmitglied eine Teuerungszulage von 250 DM. Eine Zulage von 100 bis 150 DM erstreckten sich auch die 1000 Beschäftigten bei den Adler-Werken in Frankfurt.

Ebenso erfolgreich war der Lohnkampf bei der Rhein-Zink GmbH in Datteln. Hier wurden die Stundenlöhne um 71 Pfennig je Stunde erhöht. Die 2000 Belegschaftsmitglieder der AEG-Tochter Küppersbusch in Gelsenkirchen gingen nach mehrtägigem Ausstand erst an ihre Arbeitsplätze zurück, als die Geschäftsleitung sich zur Zahlung einer Teuerungszulage von 180 DM entschloß. Bei Mercedes in Düsseldorf erhalten die Arbeiter und Angestellten eine Zulage von 400 DM. Die Schlüsselwerke in Solingen zahlen Teuerungszulagen von 1 DM je Stunde.

Angesichts der Streikbewegung genügte knapp eine Stunde Streik der Flottmann-Belegschaft in Herne, um eine Teuerungszulage von 225 DM durchzusetzen. Bei Krups in Solingen und Olbricht in Bocholt erreichten die Arbeiter und Angestellten durch ihren Ausstand Teilerfolge.

Weitere Arbeitskämpfe, die Teuerungszulagen bzw. die Zusage von Verhandlungen erbrachten, gab es in den letzten Tagen des August bei Varta, Hagen; Federfabrik Luhn und Pulvermacher, Hagen; Kraftfahrzeugfirma Schildberg, Hagen; in drei Werken des Philips-Konzerns, Aachen; in der Rater Maschinenfabrik Düsseldorf; in der Maschinenfabrik Kiekert und Söhne, Heiligenhaus; in der Maschinenfabrik Toussaint und Heß, Düsseldorf; in der Gießerei August Engels, Velbert; in den VDO-Tachometerwerken, Dortmund und bei den Mannesmann Röhrenwerken in Mülheim. G. M.

Erfolgreiche Aktionen von Seeleuten und Hafenarbeitern

Um sich dem Tarif-, Sozialversicherungs- und Steuerrecht, den Sicherheitsbestimmungen und Besetzungsvorschriften zu entziehen, betreiben die bundesdeutschen Reeder „Kapitalexport“ in riesigem Ausmaß. Schiffe, die zum großen Teil aus der öffentlichen Hand finanziert wurden, werden „ausgeflaggt“, d. h. sie fahren unter den Flaggen von sogenannten Billigländern. Unter diesen „Billigflaggen“ sind die Seeleute schutzlos der Willkür der Reeder ausgeliefert.

Um die Verfügungsgewalt über die Schiffe zu bewahren, gründen die Reeder Scheinfirmen im Ausland, an die sie die Schiffe „verkaufen“ oder „verchartern“. Allein 1972 wurden auf diese Weise 263 Schiffe mit 1,5 Millionen BRT ins Ausland verbracht.

Heuern und Urlaub der Seeleute werden nach Gutdünken der Reeder festgesetzt und liegen in den meisten Fällen weit unter dem, was den Seeleuten nach den gewerkschaftlichen Tarifen zusteht. Sozialversicherung ist nur unvollkommen oder gar nicht möglich, Seemannsgesetz und Unfallverhütungsvorschriften existieren nicht. Wer gegen bestehende Mißstände protestiert, muß mit brutalen Strafmaßnahmen rechnen.

Um auch die Bundesrepublik zu einem „Billigflaggenland“ zu machen, änderten die Reeder die Satzung ihres Verbandes. Der „Verband Deutscher Reeder“ ist jetzt nur noch Wirtschaftsverband, mit dessen Hilfe man neue und mehr Subventionen in Bonn durchzusetzen hofft. Innerhalb dieses Verbandes wurde eine „Tarifgemeinschaft“ gegründet, der die Reeder auf freiwiliger Basis beitreten können. Dazu kommt, daß in der Küstenschiffahrt viele Reeder aus dem „Verband Deutscher Küstenschiffer“ (VDK) austraten, der auch „Vertragspartner“ für die Gewerkschaften ist.

Rund 135 Reeder mit über 300 Schiffen und zusammen 2 Millionen BRT nutzten bis jetzt die Chance der verstärkten Ausbeutung der Seeleute unter bundesdeutscher Flagge und entzogen sich gewerkschaftlichen Tarifen. 7000 Seeleute waren der Willkür ihrer Reeder ausgesetzt. (Dazu kommen noch Tausende von Seeleuten, die auf bundesdeutschen Schiffen unter „Billigflaggen“ praktisch rechtlos sind.)

Die ÖTV wandte sich an die „Internationale Transportarbeiter-Föderation“. Auf einer Konferenz in Hamburg am 29. Mai 1973 beschlossen Delegierte von Hafen- und Seeleutegewerkschaften aus Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Niederlande und Italien, die ÖTV in ihrem Kampf zu unterstützen.

Der solidarische internationale Kampf gegen die Außenseiterreeder wurde mit großer Entschlossenheit geführt. Wo Schiffe unter bundesdeutscher Flagge auftauchten, deren Reeder nicht bereit waren, Tarife abzuschließen, gingen Aktionstrupps der ÖTV an Bord. In zahlreichen Fällen legten die Seeleute die Arbeit nieder und Hafenarbeiter weigerten sich, das Schiff zu beladen oder zu löschen. Bis zum 24. Juli wurden insgesamt 17 Schiffe in den Häfen von Irland, England, Niederlande, Israel, Dänemark, Finnland und Schweden bestreikt und boykottiert. Für rund 7000 Seeleute konnten so Tarifverträge erzwungen werden.

Wie nicht anders zu erwarten, versuchten die Reeder mit allen Mitteln, die internationale Solidarität und Kampfbereitschaft der Seeleute und Hafenarbeiter zu brechen. Streikenden Seeleuten wurde fristlos gekündigt; zwei ÖTV-Sekretäre wurden auf Veranlassung eines Kapitäns in Göteborg verhaftet.

Acht Reedereien setzten beim Arbeitsgericht in Stuttgart eine einstweilige Verfügung gegen die ÖTV durch. Der ÖTV wurde angedroht, sie müsse eine Geldstrafe von 500 000 DM zahlen, wenn die Schiffe dieser Reedereien weiter bestreikt oder boykottiert würden. Des weiteren wurde ihr bei Vermeidung einer Geldstrafe von 5000 DM für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, die Schiffe dieser Reedereien ohne Genehmigung des Kapitäns zu betreten. Gegen dieses eindeutige Klassenjustizurteil reichte die ÖTV Beschwerde ein, die am 8. August vom Landesarbeitsgericht in Stuttgart abgewiesen wurde.

Die zum Tarifabschluß gezwungenen Reeder werden die Verträge nicht freiwillig einhalten. Sie werden versuchen — ermutigt durch das reaktionäre Urteil des Arbeitsgerichtes —, sich den eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen. Die Wiederherstellung eines einheitlichen Tarifrechts auf Schiffen unter bundesdeutscher Flagge darf nur ein Etappenziel sein im Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Seeleute, denn noch sind Tausende von Seeleuten auf bundesdeutschen

Schiffen unter „Billigflaggen“ der Willkür ihrer Reeder ausgesetzt.

So entschlossen, solidarisch und erfolgreich der Kampf um Tarifverträge international geführt wurde, in der Bundesrepublik war ihm eine entscheidende Schwäche eigen: In bundesdeutschen Häfen wurde nicht ein einziges Schiff bestreikt oder boykottiert. Auf der Pressekonzferenz vom 29. Mai begründete der stellvertretende Vorsitzende der ÖTV, Hoffmann, dies mit der „Tarifriedenspflicht“, die solidarische Aktionen von Hafenarbeitern und Seeleuten nicht zuließe.

Zum ersten Male laufen Ende dieses Jahres die Tarifverträge der bundesdeutschen Hafenarbeiter und Seeleute gleichzeitig aus. Das gibt Hafenarbeitern und Seeleuten die Gelegenheit, auch in der Bundesrepublik Solidarität zu entwickeln und in kraftvollen, solidarischen Aktionen Verbesserungen der Lohnsätze und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Carsten Friedrichs

GGLF kündigt „harte Lohnrunde“ an

In einer offiziellen Verlautbarung des Vorstandes der DGB-Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft vom 22. August wird „zum Jahresende“, wenn die Tarifverträge turnusmäßig auslaufen, eine „harte Auseinandersetzung“ angekündigt. Der GGLF-Vorsitzende, Alois Pfeiffer, teilt in der Presse-Erklärung mit, seine Gewerkschaft habe die zuständigen Unternehmerverbände zu „vorzeitigen Gesprächen über die Lohnsituation der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer angeregt“.

Die GGLF hat errechnet, daß der Abstand zwischen dem effektiven Lohn eines Arbeiters in der Industrie und dem Lohn eines vergleichbaren Landarbeiters (Treckerfahrer) von September 1971 mit 2,29 DM bis September 1972 auf 2,36 DM gestiegen war. Man müsse davon ausgehen, daß der Abstand 1973 noch größer geworden ist.

Aus dem Echo auf die Forderung nach vorzeitigen Gesprächen über die Lohnsituation müsse geschlossen werden, daß es nicht zu solchen Verhandlungen mit den Unternehmern komme. Abschließend erklärt der GGLF-Vorsitzende: „Dadurch wird die kommende Tarifrunde durch den unbestreitbaren Nachholbedarf wahrscheinlich mit so hohen Forderungen vorbelastet, daß sich die Gewerkschaft schon jetzt auf harte Auseinandersetzungen einstellt.“

IG Druck und Papier kündigt Manteltarifvertrag

Die IG Druck und Papier hat den bestehenden Manteltarifvertrag fristgerecht zum 31. Dezember 1973 gekündigt und entsprechend dem Willen der Mitgliedschaft folgende Schwerpunktforderungen angemeldet:

- Verlängerung des Jahresurlaubs auf sechs volle Wochen nach vollendetem 30. Lebensjahr, vier volle Wochen für Arbeiter über 18 Jahre und fünf volle Wochen für Arbeiter über 25 Jahre.
- Erhöhung des Urlaubsgeldes von jetzt 40 auf künftig 50 Prozent des Monatseinkommens.
- Zahlung eines 13. Monatsentgeltes.
- Volle 5-Tage-Woche ohne jede Ausnahme.
- Tarifvertragliche Regelung von Wahl, Tätigkeit und Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben.

Die Durchsetzung des letzten Punktes könnte für alle Gewerkschaften beispielgebend sein, weil damit „die Ver-

tretung der Interessen der Belegschaften und ihre gewerkschaftliche Betreuung in den Betrieben noch wirkungsvoller erfolgen kann“ („Druck und Papier“, Nr. 14/73). Unter anderem wird dazu gefordert, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensleute alle drei Jahre während der Arbeitszeit gewählt werden und mindestens einmal im Vierteljahr während der Arbeitszeit eine gemeinsame Sitzung der Vertrauensleute mit dem Betriebsrat stattfindet. Ferner dürfen dem Vertrauensmann wegen seiner gewerkschaftlichen Arbeit keine Nachteile entstehen, und er darf auch nicht gekündigt werden.

Die IG Druck und Papier ist sich bewußt, daß die Unternehmer gegen die Forderungen zum neuen Manteltarifvertrag „härtesten Widerstand erheben und von Maßlosigkeit, Unvernunft und schwerster Gefährdung der Wirtschaftlichkeit der Druckindustrie zehren werden“. Die Durchsetzung der Forderungen mache den „Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel und Kräfte“ erforderlich. P.

Dürftiger Lohnabschluß im Bergbau

Die IG Bergbau und Energie (IGBE) hat mit dem Unternehmerverband eine Vereinbarung getroffen, nach der die 175 000 Beschäftigten des Ruhrbergbaus Lohn- und Gehaltserhöhungen von nur 9,6 Prozent ab 1. August 1973 erhalten sollen. Für Juli ist ein Übergangsgeld von 105 DM zugesichert; das Weihnachtsgeld wird um 175 DM erhöht. Vor dieser Vereinbarung hatte die IGBE eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 12 Prozent gefordert.

Selbst die volle Durchsetzung dieser Forderung hätte im günstigsten Fall nur den Kaufkraftverlust des letzten Jahres und die höheren Steuerabgaben durch die Lohnsteuerprogression ausgeglichen. Die Bergarbeiter auf den Zechen hatten die Lage realer eingeschätzt. Ihre Erwartung war 15 Prozent Lohnerhöhung. Das hätte eine bescheidene reale Einkommensverbesserung von etwa 2 bis 3 Prozent gebracht. Mit 9,6 Prozent aber haben die Bergarbeiter das Nachsehen.

Heute weiß bereits jeder, daß davon durch die Lohnsteuerprogression und erhöhte Sozialabgaben 2 bis 2,5 Prozent verlorengehen. Selbst unter Berücksichtigung der Erhöhung des Weih-

nachtsgeldes sehen sich die Bergarbeiter der Tatsache gegenüber, daß ihre realen Einkommen, gemessen am 1. Juli 1972, niedriger geworden sind. Adolf Schmidt, Vorsitzender der IGBE, hatte vor den Lohnverhandlungen erklärt, „die gestiegenen Preise müssen ebenso wie die hohe Leistung Berücksichtigung finden. Darum muß die Anhebung des Monats- und Schicht-einkommens spürbar sein“. Schmidt unterstrich ausdrücklich, „über die Preissteigerungen hinaus (sollten die neuen Tarife — d. V.) zu einer realen Verbesserung des Einkommens führen“.

Adolf Schmidt wertet jetzt das „Abkommen“ mit einem Blick auf die „Stabilitätspolitik“ der Regierung positiv. Ruhrkohle-AG und die Regierung in Bonn sind zufrieden. Aber die Kumpel fragen sich: Warum bleiben wir noch hinter den Ergebnissen anderer Gewerkschaften in der Lohnentwicklung zurück? Immer mehr wird kritisiert, daß der Hauptvorstand der IGBE die Lohnbewegung zu eigenmächtig führt, die Vertrauensleute, Betriebsräte und die Belegschaften aus der Tarifbewegung heraushält. Das aber schadet nicht nur den aktiven Bergarbeitern, sondern auch der IGBE.

Tischler fordern 15 Prozent

In Hamburg berieten Ende August die Mitglieder der gewerkschaftlichen Tarifkommission für das Tischlerhandwerk in Hamburg und Schleswig-Holstein über die Höhe der Lohnforderung. Nach heftigen Debatten über Forderungen, die bis zu 20 Prozent gingen, wurde mehrheitlich beschlossen, die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 15 Prozent zu verlangen.

Die zuständigen Bezirksleitungen der Gewerkschaft Holz und Kunststoff haben die Tarifverträge für die Beschäftigten des Tischlerhandwerks in Hamburg, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zum 30. September gekündigt. Ebenfalls zu diesem Termin wurde der Tarifvertrag für die Holzverarbeitende Industrie Hamburg gekündigt. Wie Bezirksleiter Morich von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff gegenüber NACHRICHTEN erklärte, ist die Masse der Tarifverträge für die Holzverarbeitende Industrie und das Tischlerhandwerk im übrigen Bundesgebiet zum Jahresende kündbar. Hamburg und Schleswig-Holstein würden „gewissermaßen Daten setzen“ für die weitere Tarifbewegung in diesen Branchen.

„Die Kollegen können ja rechnen“, sagte Morich, als er uns den Beschluß der Tarifkommission erläuterte. Reichlich 8 Prozent seien für die Steigerung der Preise und Lohnabzüge angesetzt worden, weitere 6 Prozent für die zu erwartende Produktivitätssteigerung dieses Jahres. „Dabei sind 15 Prozent herausgekommen.“ Viele Kollegen hätten 17 und 18 Prozent, ja noch mehr, verlangt, „weil bei der Tarifpolitik“, so Bezirksleiter Morich, „auch noch der Faktor Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten eines größeren Anteils der Arbeitnehmer eine Rolle spielen muß“. gs

Ein neuer Geist in der IGBE tut not. Mehr Selbständigkeit, mehr Kampfesmut, mehr Demokratie in der Organisation, mehr Selbstbewußtsein gegenüber der RAG und der Regierung. Schließlich ist die IGBE nicht der verlängerte Arm der Regierung oder der RAG, sondern die Organisation der Bergarbeiter, die in einer langen Geschichte ihre Kenntnis, ihre Erfahrung, ihre Entschlossenheit und ihren Mut in vielen opferreichen und auch erfolgreichen Kämpfen bewiesen haben. Diese Bergarbeiter haben es nicht verdient, daß ihre Organisation von vielen als „fromm“ und „regierungstreu“ verschrien wird. jol

Spekulation mit dem Boden geht ungehindert weiter

Eine dringende innenpolitische Aufgabe in der Bundesrepublik ist die Schaffung eines neuen Bodenrechts. Eile und energisches Handeln sind notwendig, um die skandalösen Mißstände auf dem Bodenmarkt und die daraus resultierenden sprunghaft steigenden Belastungen für die Gemeinden, Städte und Kreise zu beseitigen. Schon in der Zeit von 1957 bis 1967 sind die Bodenpreise in den Ballungsgebieten der Bundesrepublik um rund 600 Prozent in die Höhe geschneit — in München sogar um fast 1500 Prozent.

In den Jahren seit 1967 hat sich die Aufwärtsentwicklung der Bodenpreise eher noch beschleunigt denn verlangsamt. Wissenschaftler haben geschätzt, daß allein seit 1960 einer Minderheit von Großgrundbesitzern rund 250 Milliarden DM durch Wertsteigerung ihres Grundvermögens, zu dem sie in der Regel selbst nicht das geringste beigetragen haben, zugeflossen sind.

Die Folge dieser wucherischen Bereicherung weniger auf Kosten der vielen ist nicht nur das ständige Steigen der Mieten, vor allem auch im öffentlich geförderten Wohnungsbau, und der Belastungen für Arbeiter und Angestellte, die eine Eigentumswohnung oder ein bescheidenes Eigenheim erwerben, obwohl das allein schon Grund genug wäre, dem Treiben der Großgrundbesitzer und Bodenspekulanten Einhalt zu gebieten. Die Folgen sind noch verheerender für die Planung und Entwicklung der Gemeinden, Städte und Kreise, der sozialen öffentlichen Einrichtungen, von den Kinderkrippen über Schulen und Sportplätze bis zu den Kulturstätten, Krankenhäusern und Altersheimen, der Infrastruktur und der Schaffung gesunder Umweltbedingungen.

Heute schon betragen die Grundstückskosten etwa ein Drittel der Baukosten. Schneller als die ohnehin unzulänglichen Zuteilungen von Steuermitteln durch den Bund und die Länder, steigen für die bis über die Kirchtürme verschuldeten Gemeinden, Städte und Kreise die Grundstückspreise. Projekte, deren Verwirklichung dringend geboten ist, müssen vertagt werden mit dem Ergebnis, daß ihre Realisierung, vor allem wegen der steigenden Grundstückspreise von Jahr zu Jahr teurer wird.

Der Boden hat an sich keinen Wert. Er gewinnt ihn erst aus der Nutzung durch die Menschen, vor allem durch die Monopolstellung der großen Grundbesitzer und Grundstücksmakler. Er ist auch nicht vermehrbar wie ein anderes Gebrauchsgut. Die Kosten für die Nutzung, das heißt für die Erschließung (Anbindung an Kanalisation, Energieversorgung, Verkehrswege

usw.) des Bodens, der als Bauland, Erholungsfläche oder sonstwie verwertet werden soll, tragen die Gemeinden, Städte und Kreise aus den Steuern, die von ihren Bürgern aufgebracht werden.

Preise: Wunderrezepte wirkungslos

In unverminderter Schnelligkeit dreht sich das Preiskarussell — allen anderslautenden Prognosen zum Trotz — weiter. Nach wie vor sind Preiserhöhungen für die wichtigsten Güter des täglichen Bedarfs an der Tagesordnung. Besonders bei Grundnahrungsmitteln setzt sich die steigende Tendenz fort.

Siehe dazu auch unser Buch: „Arbeiterseminar '73 — Löhne, Profite, Preise in der BRD“, 212 Seiten, Preis DM 7,50.

Daß davon vor allem die Rentner-, Arbeiter- und Angestelltenhaushalte betroffen sind, steht außer Zweifel.

An der Tatsache, daß z. B. die Brot- und Fleischpreise und die Preise für Milchprodukte gerade in den letzten Wochen wie noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik gestiegen sind, können auch keine noch so gut ausgeklügelten statistischen Tricks etwas ändern. Wurde z. B. in Bonn der Rückgang der Lebenshaltungskosten im Juli gegenüber Juni von 7,9 auf 7,2 Prozent lauthals als Erfolg der sogenannten Stabilitätspolitik der Brandt/Scheel-Regierung begrüßt, dabei jedoch schamhaft verschwiegen, daß die Steigerungsraten für lebenswichtige Grundnahrungsmittel nahe der 10-Prozent-Grenze liegen, so klingen die Töne jetzt schon leiser. Aus ersten Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums wird mit einem erneuten Anstieg der Verbraucherpreise für 1974 von rund 6 Prozent gerechnet.

Der permanente Verstoß der Großgrundbesitzer und Bodenspekulanten gegen die immer wieder beschworene „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“, postuliert im Artikel 14 Abs. 2 des Grundgesetzes, ist längst zu einem öffentlichen Skandal geworden. Immer wieder wird, vor allen Dingen von den Gewerkschaften, gefordert, die Bodenpreise zu stoppen und besonders in den Ballungszentren den Großgrundbesitz in Gemeineigentum zu überführen bzw. zu kommunalisieren. Diese Forderungen sind auch in den Beschlüssen zahlreicher SPD-Gliederungen zum Bodenrecht enthalten. In den vom letzten Parteitag der SPD beschlossenen Maßnahmen in bezug auf ein neues Bodenrecht, sehen weder das eine noch das andere vor.

A. Böppe

(In einem weiteren Artikel werden die „Beschlüsse zur Bodenreform“ des Hannoverschen SPD-Parteitages 1973 kritisch untersucht.)

Statt nun das Pferd beim Kopfe aufzuzäumen und das Preisdiktat der Monopole zu brechen, versucht die Bundesregierung, die Unruhe der Bevölkerung mit allen möglichen „Rezepten“ einzudämmen. Den Vogel schoß dabei Bundesgesundheitsministerin Focke ab. In einem Vortrag am 28. August im Südwestfunk riet sie den Verbrauchern, wie auf einem orientalischen Basar oder bei persischen Teppichhändlern üblich, zu „feilschen“.

Nunmehr will der DGB, wie Vorsitzender Vetter erklärte, im Herbst eine Kundgebungswelle gegen die Preissteigerungen starten. „Wir sind nicht willens, uns verprügeln zu lassen für eine Wirtschaftsentwicklung, die vorrangig die Unternehmer zu verantworten haben“, erklärte dazu der stellvertretende Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Werner Vitt.

Inzwischen hat der DGB Frankfurt für diesen Monat entsprechende Aktionen unter dem Motto: „Schluß mit der Preistreiberei und Schluß mit der enormen Gewinnexplosion“, angekündigt.

Solche begrüßenswerten Aktionen müssen, sollen sie Erfolg haben, einhergehen mit einer konsequenten Lohnpolitik der Gewerkschaften, die weder an Lohnleitlinien noch Orientierungsdaten ausgerichtet ist. Wie Erfolge erreicht werden können, zeigen die Beispiele zahlreicher Betriebsbelegschaften, die in den letzten Wochen durch Kampfkaktionen Teuerungszulagen durchsetzten. gim

GHK zog positive Bilanz

Bei Redaktionsschluß begann in Freiburg der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoffe — GHK —, (2. bis 7. September 1973), der unter der Losung stand: „Mit der GHK für ein besseres Leben“. Vor den 113 Delegierten, die mehr als 130 000 Mitglieder repräsentierten, zog der Vorsitzende der GHK, Gerhard Vater, Bilanz über die Arbeit der vergangenen vier Jahre und konnte u. a. auf eine positive Mitgliederentwicklung hinweisen.

Die spontanen Arbeitsniederlegungen der letzten Wochen und die wachsende Unruhe der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben widerspiegelte sich schon bei der Eröffnung des Gewerkschaftstages. Die „Verschärfung der sozialen Gegensätze“ führte Vater auf die rigorosen Preissteigerungen, die Gewinnexplosion und die bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse zurück. Auch der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter äußerte sich dazu in seiner Begrüßungsrede: „Die eigentliche Ursache für die Unruhen ist ausschließlich in der gegenwärtigen Preissteigerung zu suchen.“

In der Diskussion zu den Geschäftsberichten des Hauptvorstandes, die bei Redaktionsschluß noch andauerten, kritisierten mehrere Delegierte, daß die Bundesregierung mit ihrer Wirtschaftspolitik auf der Seite der Unternehmer stehe. Das ehrenamtliche Hauptvorstandsmitglied Günter Arndt sagte u. a.: „Die Arbeiter und Angestellten haben kein Verständnis für Bundesfinanzminister Helmut Schmidt, wenn er an die Wirtschaft appelliert, mit Rücksicht auf die kritische öffentliche Stimmung um zurückhaltende Gewinnveröffentlichungen bemüht zu sein.“

Arndt und andere Delegierte setzten sich auch mit der Begrüßungsrede des CDU-Ministerpräsidenten Filbinger auseinander, der neben antikommunistischen Ausfällen im Stile des kalten Krieges die widersinnige Behauptung aufgestellt hatte, in der Bundesrepublik gäbe es keinen Klassenkampf mehr.

Daß die Delegierten der GHK sehr kritisch eingestellt sind, zeigte sich schon bei der Annahme der Tagesordnung. Eine übergroße Mehrheit beschloß entgegen dem Willen des geschäftsführenden Hauptvorstandes, daß die Wahlen nicht, wie ursprünglich vorgesehen, vor, sondern nach der Behandlung der Anträge erfolgen. Über den weiteren Verlauf des Gewerkschaftskongresses werden NACHRICHTEN in der nächsten Ausgabe informieren. Petschick

Konferenz der DKP: Preiswucher brechen

Angesichts der unerträglichen Preissteigerungen appellierte die DKP am 2. September von einer Antiinflationsskonferenz in Mannheim, gemeinsam den Preiswucher der Monopole zu brechen. Vor 300 Betriebsräten, gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Vertretern aus Mittelstand und Landwirtschaft stellte das Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP, Heinz Lang, fest, daß die Inflation „eine internationale Seuche des ganzen Weltkapitalismus sei“. Sie stecke an, weil „in allen kapitalistischen Ländern das gleiche Profitsystem herrscht, mit gleichen Quellen der Inflation, der Macht des Großkapitals und einer Hochrüstung, die den Geldumlauf steigert, ohne dafür reale Werte zu schaffen“.

In einem angenommenen Appell heißt es u. a.: „Die Geduld der arbeitenden Bevölkerung ist erschöpft. Das zeigen die betrieblichen Kämpfe für Teuerungszulagen, das zeigen die Lohnforderungen und die zunehmenden Proteste gegen Inflation und Mietwucher. Überall dort, wo gegen den gemeinsamen Gegner gekämpft wird, da gibt es Erfolg. Inflation ist kein Schicksal. Nur gemeinsam können die Angriffe auf Löhne und Gehälter, auf die Existenz der arbeitenden Menschen abgewehrt werden.“

Conti abgeblitzt: Keine Massenentlassung

Gleich zweimal abgeblitzt ist der Vorstand der Continental AG in Hannover am 21. August. Der Massenentlassungsausschuß des Landesarbeitsamtes Niedersachsen verweigerte seine Zustimmung zu der Massenentlassung von 495 Angestellten durch die Conti AG zum Jahresende, weil durch die Mißachtung des Mitbestimmungsrechts durch die Unternehmensleitung der Betriebsrat nicht in der Lage gewesen war, dem Landesarbeitsamt eine von ihm erbetene Stellungnahme abzugeben.

Ebenfalls wegen der Nichtbeachtung des Mitbestimmungsrechtes des Betriebsrates bei der Reduzierung der Planstellen um 1000 in den nächsten Monaten, hatte die IG Chemie-Papier-Keramik ein Beschlußverfahren beim Arbeitsgericht Hannover eingeleitet. Schon in der 1. Verhandlung erklärte sich nunmehr der Unternehmensvorstand bereit, Verhandlungen mit dem Betriebsrat über einen Sozialplan aufzunehmen.

PERSONALIEN

Hermann Beermann, stellvertretender DGB-Vorsitzender und langjähriges Vorstandsmitglied des DGB, ist am 18. August 1973 kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres verstorben. 10 Jahre war er Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Niedersachsen-Bremen, bis ihn 1956 der Bundeskongreß des DGB in den geschäftsführenden Bundesvorstand wählte. Hier übernahm Beermann die Abteilung Sozialpolitik und wurde 1962 zugleich stellvertretender DGB-Vorsitzender.

Prof. Dr. Bruno Gleitze, langjähriger Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, wurde am 4. August 70 Jahre. Gleitze wurde vor allem bekannt durch den nach ihm benannten Plan einer überbetrieblichen Ertragsbeteiligung für die Vermögensbildung der Arbeiter und Angestellten, der auch in Gewerkschaftskreisen umstritten war.

Manfred Knopf, ehemaliger Jugendsekretär der IGM-Verwaltungsstelle in Westberlin, zuletzt Leiter des Jugend- und Bildungsheimes der IG Metall in Westberlin, wurde Leiter der IG-Metall-Bildungsstätte Lohr.

Manfred Leiss, langjähriger Leiter der Bildungsstätte Lohr, wurde nach Frankfurt in den IG-Metall-Vorstand berufen. Er übernimmt dort die Leitung der Abteilung Betriebsräte.

Heinz Scholz, bislang Bezirksleiter der IG Metall in Hamburg, schied am 31. Juli aus seiner Funktion. Er wird Vorstandsmitglied der Howaldtwerke-Deutsche Werft AG. Scholz übernimmt dort den Posten eines Personaldirektors. Sein Nachfolger wurde Otto vom Steeg, bisher Sekretär in der IGM-Betriebsleitung Hamburg.

Eckart Spoo, Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier, erzielte im Arbeitsgerichtsverfahren gegen die Verlagsleitung der „Frankfurter Rundschau“ einen endgültigen Erfolg. Die „Frankfurter Rundschau“ zog ihre Revision beim Bundesarbeitsgericht zurück, nachdem Spoo in zwei voraufgegangenen Verfahren durch die Arbeitsgerichte Recht bekommen hatte. Der Prozeß war ausgelöst worden, als der inzwischen verstorbene Besitzer der „Frankfurter Rundschau“, Karl Gerold, dem Redakteur Spoo fristlos kündigte, weil dieser in einem Buch der dju, für das Spoo als Herausgeber zeichnete, eine Äußerung eines Mitautors nicht unterdrückte, durch die der Wirtschaftsredakteur der „Frankfurter Rundschau“ als Vertreter bestimmter kommerzieller Interessen bezeichnet wurde.

FDGB unterstützt Zusammenarbeit der Gewerkschaften Europas

Der FDGB ist stets bereit, die Zusammenarbeit der Gewerkschaften Europas zu verbessern. Er werde für Frieden, Sicherheit und sozialen Fortschritt alles tun. Dies sei ein Erfordernis der Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeiterklasse. Das erklärte Werner Heilemann, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Bundesvorstandes des FDGB, unserem Redaktionsmitglied Dr. Werner Petschick in einem Gespräch.

NACHRICHTEN: Kollege Heilemann, während der X. Weltfestspiele in Berlin fand auf Einladung des FDGB ein mehrstündiges Informationsgespräch mit 50 DGB-Jugendfunktionären, Mitgliedern der BRD-Festivaldelegation, statt, an dem auch der DGB-Bundesjugendsekretär Walter Haas und weitere Mitglieder des Bundesjugendausschusses des DGB teilnahmen. Walter Haas äußerte dabei den Wunsch, solche Gespräche fortzusetzen. Unsere Frage: Was sind Ihrerseits die Grundlagen für Gespräch bzw. Beziehungen zwischen FDGB und DGB?

W. Heilemann: Das Informationsgespräch, an dem der Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesvorstandes, Wolfgang Beyreuther, sowie weitere Mitglieder des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB teilnahmen, war für beide Seiten sehr interessant, besonders wohl für die jungen Gäste aus der BRD, die eine Vielzahl von Fragen stellten und hier Antwort erhielten. Auch über die Beziehungen zwischen FDGB und DGB konnten wir sie ausführlich informieren.

Wir unterhalten als Freier Deutscher Gewerkschaftsbund umfangreiche und vielfältige Beziehungen zu Gewerkschaftszentralen, die unterschiedlichen internationalen Vereinigungen angehören. Dabei lassen wir uns von den Ideen des proletarischen Internationalismus und der internationalen Aktionseinheit der Arbeiterklasse und deren Gewerkschaften im Kampf für Frieden, Sicherheit und sozialen Fortschritt leiten. Wir haben immer wieder die Erfahrung gemacht, daß es nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist, die Interessen der Arbeiterklasse in der Welt von heute – unbeschadet der politischen, ideologischen und gesellschaftlichen Standpunkte der Gewerkschaftsbünde – gemeinsam zu vertreten.

NACHRICHTEN: Kann man sagen, daß die Beziehungen zwischen Ihrem Gewerkschaftsbund und dem Gewerkschaftsbund der BRD in ihrem Charakter international üblich sind?

W. Heilemann: Auf jedem Fall. Im Zusammenhang mit dem sich in den vergangenen Jahren herauskristallisierenden Prozeß der internationalen Entspannung und der Zusammenarbeit in Europa sind gerade in der jüngsten Zeit eine Reihe neuer internationaler Beziehungen des FDGB hinzugekommen. So auch die Beziehungen zum Deutschen Gewerkschaftsbund. Auf unsere Initiative fand im Oktober vorigen Jahres hier in unserer Hauptstadt ein Treffen von Spitzendelegationen beider Gewerkschaftsbünde statt, ein zweites folgte im März dieses Jahres in Düsseldorf.

NACHRICHTEN: Welche Position hat Ihre Delegation bei diesen Treffen eingenommen?

W. Heilemann: Wir haben ausführlich über Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften in der DDR, die bekanntlich eine sozialistische Gesellschaftsordnung ist, informiert. Wir meinen, ein recht aufschlußreiches Bild über eine effektive Interessenvertretung, wie wir sie praktizieren, vermittelt zu haben. Dazu gehörte auch die Darlegung der Positionen des FDGB zu den wichtigsten Fragen der internationalen Politik – und was wir unter den heutigen Bedingungen an gewerkschaftlicher internationaler Zusammenarbeit für möglich und notwendig erachten – bis hin zu einer europäischen Gewerkschaftskonferenz.

Für die Gestaltung der Beziehungen der Gewerkschaften der DDR und der BRD wurden vom Leiter unserer Delegation, unserem Vorsitzenden Herbert Warnke, eine Reihe konstruktiver Vorschläge unterbreitet. Wir sind der Ansicht, daß der Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD, der in das umfangreiche europäische Vertragswerk der vergangenen zwei Jahre eingebettet ist, eine gute Grundlage für die Entwicklung normaler, den Interessen der Arbeiter und Gewerkschafter nützlichen gewerkschaftlichen Beziehungen ist.

NACHRICHTEN: Wie beurteilen Sie, Kollege Heilemann, die bisherigen Verhandlungen mit der DGB-Spitze?

W. Heilemann: Durchaus positiv! Unser Vorsitzender, Herbert Warnke, hat über den Inhalt und über die Ergebnisse unserer bisherigen Beratungen mit der Leitung des DGB-Bundesvorstandes ausführlich im Präsidium des FDGB-Bundesvorstandes und vor den Vorsitzenden der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften berichtet und von allen diesen Gremien volle Zustimmung erhalten. Für besonders wichtig halten wir es, daß sich die weiteren Beziehungen zwischen dem FDGB und dem DGB sowie den ihnen angeschlossenen Einzelgewerkschaften nicht allein in Spitzentreffen erschöpfen. Es wurde vereinbart, daß repräsentative Gewerkschaftsdelegationen einschließlich der Gewerkschaftsjugend aus der BRD in die DDR kommen und umgekehrt von der DDR in die BRD fahren, um sich an Ort und Stelle in gewerkschaftlichen Leitungen, in Betrieben und Institutionen über den Alltag der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und Aufgaben zu informieren.

NACHRICHTEN: Sind solche Einladungen schon ausgesprochen, welche sind es?

W. Heilemann: Wir haben den Bundesvorstand des DGB zu einem mehrtägigen Informationsbesuch eingeladen, um die Arbeit des FDGB und die sozialistische Betriebsdemokratie kennenzulernen. Eine Einladung erging auch an den Bundesjugendausschuß des DGB, dem wir die Möglichkeit bieten, sich mehrere Tage mit der Rolle und den Aufgaben der jungen Gewerkschafter in der DDR vertraut zu machen.

Auch einige Industriegewerkschaften und Gewerkschaften des FDGB haben in den vergangenen Monaten Einladungen an die entsprechenden DGB-Gewerkschaften ausgesprochen. So an die IG Metall, die IG Chemie-Papier-Keramik, die IG Druck und Papier und die Gewerkschaft Holz und Kunststoff im DGB. Der ÖTV-Vorsitzende, Heinz Klunker, hat eine Einladung unserer Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft angenommen, und Philipp Seibert, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner im DGB, schrieb an den Vorsitzenden unserer IG Transport und Nachrichtenwesen und erklärte seine Bereitschaft zu einem ersten Informations- und Kontaktgespräch.

Die Vorstände der eingeladenen DGB-Gewerkschaften werden – zum Teil noch in diesem Jahr – mit Vorstandsdlegationen in unsere Republik kommen.

NACHRICHTEN: Das ist sicher mehr als ein Beginn, mehr als ein erster Schritt. Kollege Heilemann, wie wird es

IGM-Vorstand in die DDR - Gemeinsame Interessen vorrangig

Mit der sich abzeichnenden internationalen Entspannung haben sich die Beziehungen des DGB und seiner Gewerkschaften zu den WGB-Gewerkschaften der sozialistischen Länder weiter entwickelt. Auch die Aufnahme von Beziehungen zwischen Einzelgewerkschaften des DGB zu den entsprechenden Gewerkschaften des FDGB ist in greifbare Nähe gerückt. Zugleich ist eine Diskussion über den Inhalt der Beziehungen in Gang gekommen, wofür konkrete Vorstellungen des HBV-Funktionärs Christian Götz charakteristisch sind.

Der DGB und nahezu alle der 16 Einzelgewerkschaften haben in den letzten Monaten zu den Gewerkschaften der sozialistischen Länder Delegationen ihrer Hauptvorstände entsandt oder Delegationen aus diesen Ländern in der BRD empfangen. So besuchte der Vorsitzende der polnischen Gewerkschaften

weitergehen, was ist der Standpunkt des FDGB für dieses „Weitergehen“?

W. Heilemann: Die Gewerkschaften sind bekanntlich Interessenvertreter der Arbeiterklasse. Das Vertreten dieser Arbeiterinteressen und die Aufgaben der Gewerkschaften überhaupt erfordern, daß wir mit unseren gewerkschaftlichen Beziehungen und Aktivitäten nicht hinter den zwischenstaatlichen Beziehungen zurückbleiben. Ja, die Gewerkschaften sollten vorangehen, sollten die Entwicklung vorantreiben.

Der in den staatlichen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD gegenwärtig erreichte Stand der Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz schafft auch neue Möglichkeiten für gewerkschaftliche Beziehungen, für eine ständige Zusammenarbeit der Gewerkschaften. Das gilt es jetzt zu nutzen. Dabei sprechen wir die Erwartung aus, daß auch seitens des DGB eine konstruktive, positive Haltung in den beiderseitigen Beziehungen praktiziert wird und alle Vereinbarungen verwirklicht werden können.

Wir wollen auch somit dazu beitragen, die Zusammenarbeit der Gewerkschaften in Europa entscheidend zu verbessern. Wir gehen dabei von dem Grundgedanken aus, stets alles zu tun für Frieden, Sicherheit und sozialen Fortschritt. Wir meinen es ernst, und wir würden es begrüßen, wenn der DGB mit gleichem Realismus an die weiteren Beziehungen beider Gewerkschaftsbünde herangehen würde.

Im Juli den DGB, eine Fachdelegation vom DGB-Bundesvorstand studierte im August in der Sowjetunion die Mitbestimmung der Gewerkschaften; eine Gewerkschaftsjugenddelegation aus Rostow am Don informierte sich Ende August bei der Gewerkschaftsjugend in Hessen über die berufliche Bildung. Zahlreiche weitere Delegationen sind noch für dieses Jahr in die UdSSR, nach Polen, Ungarn und Bulgarien geplant.

Nach der Aufnahme von Beziehungen zwischen den Bundesvorständen des DGB und des FDGB hat nunmehr der Vorstand der IG Metall bekanntgegeben, daß er noch in diesem Jahr einer Einladung in die DDR folgen werde. Eine Delegation des Hauptvorstandes der IG Chemie fährt am 1. und 2. November 1973 zum Zentralvorstand der IG Chemie im FDGB nach Halle. Für den 12. bis 17. November ist in der Hauptstadt der DDR eine Spitzenbegegnung der IG Druck und Papier und noch im gleichen Monat zwischen der Gewerkschaft Holz und Kunststoffe und der IG Bau-Holz im FDGB geplant. Für das Frühjahr 1974 sind ähnliche Treffen von den Hauptvorständen der ÖTV und der Gewerkschaft der Eisenbahner

Abschlußerklärung der DGB-Jugend zu den X. Weltfestspielen

Zum Abschluß der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten vom 28. Juli bis 5. August 1973 in der DDR-Hauptstadt Berlin nahm die Delegation der DGB-Jugend der Bundesrepublik, die sich zum ersten Mal offiziell an den Weltfestspielen beteiligte, einstimmig folgende Erklärung an:

Die Gewerkschaftsjugend des DGB hat an den Weltfestspielen zum ersten Male offiziell teilgenommen. Sie bekannte sich zu den Prinzipien der Weltfestspiele – für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft. Vorrangiges Ziel ihrer Teilnahme war der Erfahrungsaustausch mit der fortschrittlichen Jugend der Welt, um Gemeinsamkeiten im Kampf

mit den entsprechenden Gewerkschaften in der DDR vorgesehen.

In den DGB-Gewerkschaften regen sich zahlreiche Stimmen, die verlangen, daß die Begegnungen und Gespräche nicht nur auf „Spitzenkontakte“ beschränkt bleiben, sondern auch auf örtliche und betriebliche Ebene sowie auf die Gewerkschaftsjugend ausgedehnt werden. Daß z.B. der FDGB dazu bereit ist, geht aus einem in dieser Ausgabe veröffentlichten Interview mit dem Präsidiumsmitglied des FDGB Werner Heilemann hervor (siehe Seite 12).

Interessante Vorschläge über den Inhalt der künftigen Beziehungen zu den Gewerkschaften der sozialistischen Länder hat in der Juli-Ausgabe der gewerkschaftlichen Monatshefte der Pressepresse der HBV-Gewerkschaft Christian Götz, im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Besuch einer Delegation von Gewerkschaftsjournalisten aus der Bundesrepublik in der Sowjetunion veröffentlicht. In einem Acht-Punkte-Programm geht Götz davon aus, daß „die arbeitenden Menschen in der BRD und der UdSSR in zwei Punkten völlig identische Interessen“ haben: „Der Friede muß erhalten und gesichert werden, mögliche Konflikte sind unter allen Umständen friedlich auszutragen.“

Götz spricht sich für das Prinzip der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen der Gewerkschaften von Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen aus und wendet sich gegen „irgendwelche Konvergenztheorien“, die die Beziehungen „erheblich stören, wenn nicht gar unmöglich machen“ würden. Andererseits versteht Götz unter friedlicher Koexistenz auch „die Bereitschaft, voneinander zu lernen und zum gemeinsamen Nutzen zusammenzuarbeiten“. Bei den Kontakten und Gesprächen „sollte zunächst herausgearbeitet werden, wo gemeinsame Interessen der Arbeitnehmer und Gewerkschaften in beiden Ländern liegen“.

Werner Petschick

gegen Imperialismus und Krieg herauszuarbeiten, die internationale Solidarität zu festigen und Möglichkeiten verstärkter Zusammenarbeit zu erörtern, was sich insbesondere unter dem Aspekt der internationalen Wirtschaftsverflechtung als notwendig erweist.

Die DGB-Jugend wollte darstellen, daß die Bundesrepublik ein Land auf

der ökonomischen Grundlage des Kapitalismus ist, in dem die Gewerkschaften eine wirksamer werdende Gegenmacht gegen das Kapital entwickeln wollen. Sie wollte besonders die Lage der arbeitenden Jugend und die Rolle der Gewerkschaftsjugend im Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Jugend und ihre Vorstellungen von der notwendigen Überwindung des Kapitalismus darstellen. Und sie wollte ihre schon bestehenden bilateralen Kontakte ausbauen und neue knüpfen. Diese Ziele sind erreicht worden.

Die DGB-Jugend hat vielfältige Gelegenheit gehabt und wahrgenommen, ihre Auffassungen darzulegen. Sprecher der Gewerkschaftsjugend haben in Konferenzen und Seminaren, in Kurzreferaten und Diskussionsbeiträgen ein Bild von der Arbeit, den Schwierigkeiten und den Erfolgen der Gewerkschaften in der BRD gezeichnet.

Besondere Bedeutung kommt der Konferenz der jungen Gewerkschafter zu, in der unter anderem die Notwendigkeit einer europäischen Gewerkschaftsjugendkonferenz über gewerkschafts- und sozialpolitische Probleme jugendlicher Lohnabhängiger deutlich wurde. Mitglieder der Delegation der DGB-Jugend haben am Informationsstand im nationalen Klub und bei anderen Anlässen mehrsprachiges Informationsmaterial über die gewerkschaftliche Jugendarbeit verteilt.

Da das Festival in der Hauptstadt der DDR stattfand, gab es für die jungen Gewerkschafter Gelegenheit zu vielen intensiven Gesprächen mit Jugendlichen aus der DDR. Bei einem offiziellen Informationsgespräch mit Mitgliedern des Präsidiums und des Bundesvorstandes des FDGB sowie bei Betriebsbesichtigungen erhielten sie Einblick in die Arbeit der Gewerkschaften und ihre Rolle in einem Staat, in dem die Produktionsmittel nicht mehr Privateigentum sind. In diesem Zusammenhang wurde von beiden Seiten die Notwendigkeit der Intensivierung und des Ausbaues der Kontakte zwischen FDGB und DGB betont.

Die X. Weltfestspiele haben mit dazu beigetragen, die Situation in den beiden deutschen Staaten bei den jungen Gewerkschaftern zu verdeutlichen und dürften Anlaß sein für eine künftig intensivere Beschäftigung mit den Entwicklungen in der BRD und der DDR.

Am Ende der X. Weltfestspiele ziehen die Vertreter der DGB-Jugend eine alles in allem positive Bilanz. Sie danken insbesondere der Jugend und der Bevölkerung der DDR für die freundliche Aufnahme und Betreuung und die günstigen Bedingungen, die sie für das Festival geschaffen haben.

IG Metall: Neue Richtlinien für die Vertrauensleutearbeit

Einem Antrag des 10. Gewerkschaftstages entsprechend, hat der Vorstand der IG Metall im Juli 1973 neue „Richtlinien für die Vertrauensleutearbeit der IG Metall“ verabschiedet. Bereits auf den letzten Gewerkschaftstagen gab es zahlreiche Anträge aus den Vertreterversammlungen, die forderten, die gewerkschaftlichen Vertrauenskörper als Satzungs- und beschlußfassendes Organ anzuerkennen. Der Vorstand hat sich bisher diesen Forderungen hartnäckig widersetzt. In die Satzung wurde lediglich eingefügt: „Bildung von Vertrauenskörpern in den Betrieben nach den Richtlinien des Vorstandes.“

Deshalb ist es eine irreführende Formulierung, wenn das neugewählte Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, Lutz Dieckerhoff, in der „Welt der Arbeit“ vom 3. August 1973 schreibt, daß die „Vorzugsstellung“ der Vertrauensleute in der Satzung herausgestellt wäre. Ebenso nebelhaft bleibt seine Behauptung im „Gewerkschafter“ (Nr. 7/1973), daß die „Satzungsautorität der Richtlinien“ durch die Neufassung unterstrichen sei.

Im Vorwort der „Richtlinien“ wird richtig vermerkt, daß die Vertrauensleute, die im Vertrauenskörper zusammengeschlossen sind, „im Betrieb das gewerkschaftliche Fundament“ bilden. Dies ist ein gewerkschaftlicher Grundsatz, dem in der Satzung entsprochen werden müßte. Wie ist aber mit dieser Feststellung die Ansicht des für Satzungsfragen zuständigen Vorstandsmitgliedes Anke Fuchs zu vereinbaren, die meinte, „daß es sinnvoller sei, die Vertrauensleutearbeit – wie die der Personengruppen – durch Richtlinien zu regeln“?

Dieselbe Auffassung trug auf dem 10. Gewerkschaftstag die Satzungsberatungskommission vor. Zahlreiche Delegierte widersprachen dieser Meinung. Sie wiesen nach, daß die Vertrauensleute das Rückgrat der Gewerkschaft bilden, daß sie von allen Mitgliedern, ob Männern, Frauen, Jugendlichen, Arbeitern und Angestellten gebildet werden und mit Personengruppen überhaupt nicht vergleichbar sind. Nun ist die Feststellung, ob die Vertrauensleute in der Satzung oder nur in Richtlinien verankert sind, keineswegs zweitrangig. Richtlinien können jederzeit vom Vorstand geändert werden, die Satzung dagegen nur von einem Gewerkschaftstag mit einer Zweidrittelmehrheit.

Eine wesentliche Verschlechterung der Richtlinien, die 1969 vorgenommen wurde, ist jetzt teilweise wieder korrigiert worden. Wieder aufgenommen wurde die Formulierung: „Die Vertrauensleute sind die Interessenvertre-

ter und Sprecher der IG-Metall-Mitglieder ihres Wirkungsbereiches. Sie vertreten in ihren Wirkungsbereichen die Politik der IG Metall und sind die Verbindung zwischen Organisation und Mitgliedern.“

Nicht zu verstehen ist allerdings, warum aus den vor 1969 gültigen Richtlinien der Passus nicht übernommen wurde: „Die Vertrauensleute ... leiten zu gewerkschaftlichem Denken und solidarischem Handeln an.“ Es ist ein beachtlicher Mangel der Richtlinien, daß der Vorstand dem Beispiel der IG Chemie, Papier und Keramik noch nicht zu folgen vermochte und den Vertrauensleuten bei der Ausgestaltung der Tarifpolitik und der Wahl der Tarifkommissionsmitglieder nicht mehr Rechte einräumte.

In den alten Richtlinien war vorgesehen, bei der Zusammenkunft der Vorsitzenden der Vertrauenskörper neben dem allgemeinen Meinungs- und Erfahrungsaustausch nach Möglichkeit auch ein aktuelles gewerkschaftliches Thema zu behandeln. Letzteres wurde gestrichen. Die Konferenz der Vertrauensleute der Verwaltungsstelle, die bislang einmal im Vierteljahr einberufen werden sollte, hat jetzt nur mindestens einmal im Jahr stattzufinden. Diese Veränderungen sind nicht dazu angetan, die innergewerkschaftliche Demokratie zu entfalten. Die Konzeption des IG-Metall-Vorstandes, die Vertrauenskörper nicht als das unterste Satzungsorgan anzuerkennen, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen, durchzieht die gesamten Richtlinien.

Bei allen Verbesserungen im Detail, ist jedoch die Vorstandskonzeption die alte geblieben. Sicherlich wird es noch ausgiebiger Diskussionen in den Vertrauenskörpern und Vertreterversammlungen auf der 8. Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsräte sowie auf dem 11. ordentlichen Gewerkschaftstag bedürfen, um Beschlüsse zu erreichen, die tatsächlich der heutigen Stellung der Vertrauensleute gerecht werden.

Ursula Schäfer

IGM-Vertrauensleute beraten über Verbesserung der Arbeit

Eine umfangreiche Thematik führt die Delegierten der gewerkschaftlichen Vertrauensleute am 25. und 26. Oktober 1973 im Ostseebad Timmendorfer Strand zur 8. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder zusammen. Der Konferenz liegt der Entwurf neuer „Leitsätze zur betrieblichen Gewerkschaftsarbeit der Vertrauensleute der IG Metall“ zur Beschlußfassung vor. Neben den vielschichtigen Fragen der Vertrauensleutearbeit werden insbesondere tarifpolitische Forderungen, aber auch Erfahrungen mit dem Betriebsverfassungsgesetz, zur Debatte stehen.

Ohne vorherige Diskussion in der Gesamtorganisation hatte der Vorstand der IG Metall im Sommer bereits neue „Richtlinien“ für die betriebliche Vertrauensleutearbeit beschlossen (siehe dazu: „IG Metall: Neue Richtlinien für die Vertrauensleutearbeit“). Die wesentliche Forderung der letzten Vertrauensleutenkonferenzen und Gewerkschaftstage der IG Metall, die betrieblichen Vertrauenskörper als Organe der IG Metall in der Satzung zu verankern, wird vom Vorstand der Gewerkschaft weiterhin ignoriert bzw. abgelehnt.

In dieser Frage wird es vermutlich auf der bevorstehenden 8. Konferenz in Timmendorf zu nachdrücklicher Kritik an der Vorstandsposition kommen. In den vergangenen Jahren schon hatten betriebliche Gewerkschaftsfunktionäre den Vorstand kritisiert, der gewerkschaftlichen Basis nicht den erforderlichen Spielraum und die nötige Stärkung gewähren zu wollen.

Im Entwurf der zu beratenden und zu beschließenden „Leitsätze“ wird die Wahl von Vertrauensleuten durch die Mitglieder der IG Metall bindend vorgeschrieben. Klar ist abgegrenzt, wer zum Vertrauenskörper gehört: die gewählten Vertrauensleute sowie die in der IGM organisierten Betriebsratsmitglieder und Jugendvertreter.

Über die Aufgaben der Vertrauensleute wird u. a. in Punkt 26 gesagt: „Die Arbeitgeber schenken den Arbeitern und Angestellten nichts. Nur starke Gewerkschaften ringen ihnen Zugeständnisse ab. Der Streik ist das letzte Mittel, gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen. Die Mitglieder der IG Metall in den Betrieben streikfähig und kampfbereit zu halten, ist eine ständige Aufgabe der Vertrauensleute, der Vertrauenskörper und der Vertrauenskörperleitungen.“

Diese Aufgabenstellung hat zweifellos in den letzten Wochen und Monaten entscheidend zu der erfolgreichen Durchführung von betrieblichen Kampfmaßnahmen für Teuerungszulagen beigetragen. In diesen Auseinandersetzungen

hat sich wiederum die außerordentliche Wichtigkeit gut funktionierender und kampfbereitscher Vertrauenskörper bestätigt: Während manche Gewerkschaftsleitungen nur die Friedenspflicht im Auge hatten, waren die Vertrauensleute die mobilisierende und organisierende Kraft, die für disziplinierten Ablauf der Warn- und Proteststreiks sorgte.

Ganz gewiß wird sich der Vorstand der IG Metall auf der Timmendorfer Konferenz geharnischte Kritik der Vertrauensleute an den Praktiken und Inhalten der Tarifpolitik anhören müssen. Nicht zuletzt war der ungenügende 8,5-Prozent-Abschluß am Jahresbeginn gegen den Willen und gegen die Warnungen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben auf Betreiben des Vorstandes durchgesetzt worden, der mehr auf die Wünsche der Bundesregierung als auf die der Mitglieder gehört hatte. Auch jetzt wieder werden in den Betrieben realistische Forderungen zwischen 15 und 20 Prozent formuliert, während der IG-Metall-Vorstand solche Größenordnungen abzuwiegeln versucht.

Und schließlich liefert die reaktionäre Handhabung des Betriebsverfassungsgesetzes gegen Betriebsräte und Jugendvertreter durch die Unternehmer weiteren Stoff für eine gewerkschaftspolitisch vorwärtsdrängende Diskussion. Unter dem Aspekt der Erfahrungen wird diese Formulierung im „Leitsätze“-Entwurf kaum unwidersprochen bleiben: „Das Betriebsverfassungsgesetz zeigt Wege, wie die Arbeiter und Angestellten einen maßgebenden Einfluß auf Organisation und Ablauf der Arbeit im Betrieb gewinnen können.“

Es ist zu wünschen und zu erwarten, daß die 8. Vertrauensleute- und Betriebsrätekonferenz der IG Metall zur Klärung der aufgeworfenen Fragen beiträgt und Entscheidungen trifft, die die gewerkschaftliche Vertrauensleutearbeit im Interesse der Arbeiter und Angestellten in der Metallindustrie wesentlich verbessern helfen.

G. S.

Werkkreis: „Schreibt Streikberichte!“

Der WERKKREIS LITERATUR DER ARBEITSWELT ruft die Arbeitenden der Bundesrepublik auf, ihre Streikerfahrungen aufzuschreiben oder den Werkkreis-Mitarbeitern zu Protokoll zu geben...

Wodurch wurde ein Streik ausgelöst, wer hat ihn verursacht, wie wurde er vorbereitet? Wie wurde der Streik durchgeführt, wie verhielten sich die Kollegen, welche Rolle spielten Betriebsrat, Vertrauenskörper, Gewerkschaft?

Was taten die Geschäftsleitung, der Unternehmerverband (z. B. Aussperung), die Polizei, wie reagierten die Parteiorganisationen, die Familienangehörigen, die Nachbarn, die Studenten? Was verursachte den Sieg oder die Niederlage der Streikenden, was führte zu einem Kompromiß, was waren die Folgen des Streiks?

Es genügt, wenn ein Kollege einen einzelnen Vorfall beschreibt, aber es ist besser, wenn Zusammenhänge und Abläufe des Streiks sichtbar werden.

Es genügt, wenn ein einzelner Kollege seine Eindrücke und Erlebnisse schildert, aber es ist besser, wenn mehrere Kollegen zusammen oder eine Betriebsgruppe aus ihrer Erfahrung den Streik darstellen. Es ist noch besser, wenn auch Material mitgeliefert werden kann: Flugblätter von Betriebsrat, Vertrauenskörper, Gewerkschaft, Betriebsgruppen, Zeitungsberichte, Fotos, Protokolle, Tagebuchaufzeichnungen, Mitteilungen der Geschäftsleitung.

Der Werkkreis fragt: Wie sehen und erleben die Handelnden selber ihre Arbeitskämpfe? Was denken sie dabei? Was wollen sie durchsetzen? Wie haben sie es gemacht? Wie beurteilen sie die Ergebnisse ihres Arbeitskampfes?...

Für die Berichte sind Arbeitsprämien im Gesamtwert von 5000 Mark ausgesetzt. Als Beurteilungsmaßstab für die Einsendungen gelten: Genauigkeit, Anschaulichkeit, Informationswert, Arbeitsaufwand.

Die erste Beurteilung und Auswertung der Einsendungen erfolgt in den örtlichen Werkstätten des Werkkreises und durch mitarbeitende Lektoren nach einem verbindlichen Beurteilungssystem. Namentlich gekennzeichnete Einsendungen von Werkkreis-Mitgliedern werden nicht in ihrer örtlichen Werkstatt beurteilt.

Einsendungen sowie ein Merkblatt per Adresse: WERKKREIS, 5 Köln, Postfach 180 277.

Die Deutsche Postgewerkschaft beginnt Grundsatzdiskussion

Auf dem DGB-Kongreß 1972 wurde beschlossen, das Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu überarbeiten. Nachdem bislang nur Teilaspekte zum Standort der Gewerkschaften in der BRD diskutiert wurden, hat nunmehr die Deutsche Postgewerkschaft mit dem Titel „Gesellschafts- und berufspolitisches Programm der DPG“ einen umfassenden Entwurf vorgelegt, der durchaus geeignet sein kann, Anregungen für ein überarbeitetes Grundsatzprogramm des DGB zu geben.

Der Entwurf ist sinnvoll gegliedert in den Grundsatzteil: „Die Gewerkschaften in unserer Gesellschaft“ und „Was wir von unserer Gesellschaft erwarten“. Er enthält weiter solche Schwerpunkte wie „Öffentlicher Dienst muß Dienst am Bürger sein“, „Reform der Deutschen Bundespost“, „Ein besseres Dienstrecht im öffentlichen Dienst“, „Rationalisierung nicht gegen die Arbeitnehmer“, „Selbstverwaltung des betrieblichen Sozialwesens“, „Mehr Demokratie durch betriebliche Mitbestimmung“, „Bedingungen und Möglichkeiten zur Durchsetzung dieses Programms“.

Es zeugt von dem Willen der Postgewerkschaft, ihre Aufgaben und Praxis neu zu durchdenken und festzulegen, indem auch der Entwurf einer neuen Satzung vorgelegt wird.

In weiten Bereichen der Grundsatz- und Einzelpositionen und Forderungen des Entwurfes gewinnt man den Eindruck, daß diese für den gesamten Bereich des öffentlichen Dienstes Geltung haben könnten. Das ist nicht verwunderlich, da der Postbetrieb ein großer Teilbereich des öffentlichen Dienstes ist. Aber die eigentliche Bedeutung dieses Entwurfes liegt darin, daß er versucht, den Standort der Gewerkschaften in der Gesellschaft der BRD darzustellen.

Über die „Arbeitnehmer“ in unserer Gesellschaft heißt es: „Sie sichern ihre Existenz allein durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Gleichwohl besteht kein gesetzliches Recht auf Arbeit. Arbeitsplätze werden nur in dem Umfange angeboten, wie dies der Rentabilität des Kapitals dienlich ist.“ Zum Wirtschaftssystem in der BRD heißt es, daß es auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht. „Die sich daraus ergebende Verfügungsgewalt ermöglicht den Eigentümern bzw. dem in ihrem Auftrag handelnden Management, die Verwendung der Produktionsmittel ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer.“

Zum Klassengegensatz in der BRD-Gesellschaft wird festgestellt, daß „den

gesellschaftspolitischen und berufspolitischen Forderungen der Arbeitnehmer... in der privaten Wirtschaft das Interesse der Unternehmer an größtmöglichem Gewinn und an Kapitalvermehrung“ entgegensteht. Wichtig für die gewerkschaftspolitische Diskussion ist der Passus im Entwurf, wo es heißt: „Gemäß Artikel 20 des Grundgesetzes ist die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Diese Verpflichtung ist in der sozialen Wirklichkeit noch nicht erfüllt. Auch das als soziale Marktwirtschaft bezeichnete Wirtschaftssystem hat die Benachteiligung der Arbeitnehmer nicht aufgehoben. Die Mehrheit der Bevölkerung befindet sich nach wie vor in sozialer und wirtschaftlicher Abhängigkeit; sie verrichtet ihre Arbeit unverändert fremdbestimmt.“

Von einem solchen Ausgangspunkt her wird über die Gewerkschaften gesagt: „Im 19. Jahrhundert gründeten die Arbeitnehmer Gewerkschaften, um sich vor Ausbeutung und Unterdrückung durch das Kapital zu schützen. Die Gewerkschaften verstanden sich ebenso als Selbsthilfe- und Schutzverband wie auch als politische Bewegung. Sie stellten der Übermacht des Kapitals die Solidarität der Arbeitnehmer in einer Kampforganisation entgegen.“ Die Postler stellen fest, daß die Gewerkschaften in ihrer „Schutzfunktion“ erfolgreich gewesen sind, aber „dennoch hat sich die soziale Abhängigkeit der Arbeitnehmer nicht entscheidend geändert; nach wie vor besteht ein Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit“.

Neben solchen richtigen Aussagen gibt es aber auch unklare und falsche Feststellungen, etwa, daß die BRD ein „demokratischer und sozialer Rechtsstaat“ sei, den es gelte, weiter auszubauen (Satzungsentwurf). An anderer Stelle heißt es gleichzeitig, daß ein solcher Staat erst geschaffen werden müsse („Die Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft“). Der Staat selbst wird zweigeteilt in eine „Hoheitsverwaltung“ und „Dienstleistungsverwaltung“. Die Funktion des Staates, Herr-

schaftsinstrument zu sein, wird dabei verdeckt.

Solche und andere Unklarheiten nimmt offenbar die „Welt der Arbeit“ zum Anlaß, dem Programmtextwurf der DPG zu unterstellen, er gehe prinzipiell davon aus, die Gewerkschaft sei ein Ordnungsfaktor, aber auch eine Gegenmacht.

Im Entwurf der DPG heißt es dazu schon richtig, mit Hinweis auf das Bundesarbeitsgericht: „Die Rechtsprechung ist Ausdruck der Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft. Diese Machtverhältnisse sind eine ständige Herausforderung an die Gewerkschaften.“

Von großer grundsätzlicher Bedeutung ist die Forderung: „Zukünftige Gewerkschaftspolitik wird es sein müssen, eine Reform von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten mit dem Ziel, die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Vormachtstellung durch Besitz- und Verfügungsgewalt über Produktionsmittel zu beseitigen.“ Der tatsächlichen Herrschaftsstruktur in der BRD wie in Westeuropa wird in den Formulierungen Rechnung getragen: „In unserer Wirtschaft vollzieht sich ein fortschreitender Konzentrationsprozeß, der zu einer Machtzusammenballung in den Großunternehmen und Unternehmensgruppen führt. Das Eigentum an den Produktionsmitteln – und damit die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und die in den Unternehmen arbeitenden Menschen – konzentriert sich zunehmend auf eine kleine Minderheit der Bevölkerung.“

Um der „zunehmenden Machtkonzentration durch die internationalen Verflechtungen des Kapitals... ein wirksames Bündnis der Gewerkschaften entgegenzusetzen“, wird gefordert: „Es müssen Formen gefunden werden, die es den nationalen Gewerkschaften erlauben, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einem internationalen Bund zusammenzuarbeiten.“ Das betrifft hauptsächlich die Beziehungen zwischen Gewerkschaften des IBFG und des WGB. Zweifellos ist das zeitgemäß und ein Fortschritt gegenüber der trüben Periode eines blinden Antikommunismus.

Wenn auch im Entwurf der Postgewerkschaft für ein gesellschafts- und berufspolitisches Programm noch Widersprüche enthalten sind, die in der Diskussion geklärt werden können, bieten schon dieses im Grundsatzteil enthaltenen klassenmäßigen Feststellungen Impulse und Hinweise, in welcher Richtung die Standortbestimmung der DGB-Gewerkschaften bei der Neubearbeitung des Grundsatzprogramms des DGB erfolgen sollte.

Josef Ledwohn

Neues Jugendarbeitsschutzgesetz: Entwurf geht am Problem vorbei

Selten gab es so viele Vorschußlorbeeren: Seit vielen Monaten spricht man in Bonn davon, das unzureichende Jugendarbeitsschutzgesetz aus dem Jahre 1960 einer gründlichen Novellierung zu unterziehen. Sogar in die Regierungserklärung Brandts fand dieses Versprechen Eingang. In Gewerkschaftsorganen gingen Bundesarbeitsminister Arendt und seine Mitarbeiter mit Spielen hausieren, wie: „Der Jugendarbeitsschutz wird fortschrittlich ausgebaut“. Doch was ist bislang dabei herausgekommen?

Anfang Juli leitete das Bundesarbeitsministerium den „beteiligten Verbänden und Organisationen“ einen Referentenentwurf für ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz zur Stellungnahme zu, ohne ihn durch eine generelle Veröffentlichung einer breiten Diskussion der Arbeiterjugend zugänglich zu machen. Unter Überschriften wie „Fünftage-Woche für alle Jugendlichen“ und „30 Tage Urlaub geplant“ wird der Entwurf in der regierungsfreundlichen Presse als große Sozialtat der Bundesregierung angepriesen.

Der NACHRICHTEN-Redaktion liegt der Arendt-Entwurf vor. Mißt man ihn an den Forderungen des DGB, so ist festzustellen, daß er – ebenso wie der wenige Wochen zuvor veröffentlichte demagogische CDU-Entwurf – in keiner Weise einer kritischen Prüfung standhält. Ganz im Gegenteil: nach all dem Wirbel um ein neues Gesetz, der von der Bundesregierung veranstaltet wurde, ist das jetzt vorliegende Papier als Ohrfeige für die Gewerkschaften und die Arbeiterjugend zu werten. Bestimmungen, die bereits im alten Gesetz verankert sind und von den Unternehmern millionenfach gebrochen wurden, werden als Neuerungen angepriesen. In einigen Punkten geht der Entwurf sogar noch hinter das jetzt geltende Recht zurück. Nur an einzelnen Stellen wird bescheidenen Einzelorderungen der Gewerkschaften Rechnung getragen.

In der ganz entscheidenden Frage der Mitbestimmungs- und Kontrollrechte soll alles beim alten bleiben. Nach wie vor sollen den Gewerkschaften und den Arbeiterjugendorganisationen entscheidende Einflußmöglichkeiten verwehrt werden. Die Überwachung soll weiterhin den völlig unterbesetzten Gewerbeaufsichtsämtern obliegen, die heute bereits nur 5 Prozent aller Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz registrieren.

Die wichtigsten Forderungen des DGB und der Gewerkschaftsjugend (vgl. NACHRICHTEN 6/73), sollen hier mit den entsprechenden Punkten des Referentenentwurfs verglichen werden:

■ Der DGB fordert das Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen unter 16 Jahren außerhalb von Ausbildungsverhältnissen. – Im Referentenentwurf Fehlanzeige: es soll die Beschäftigung von Jugendlichen unter 15 Jahren verboten werden. Im nächsten Paragraph wird dies jedoch gleich wieder durch eine Ausnahmebestimmung für Jugendliche unter 15 Jahren, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegen, eingeschränkt. Damit ist die alte Regelung praktisch wiederhergestellt.

■ Der DGB fordert die Begrenzung der täglichen Arbeitszeit (einschließlich der Pausen, auf acht Stunden und der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden. – Scheinbar trägt der Entwurf dieser Forderung Rechnung. Doch auch hier folgt im nächsten Absatz die Einschränkung. In Betrieben, in denen Jugendliche mit erwachsenen Kollegen zusammenarbeiten (und wo ist das nicht der Fall?), soll die Arbeitszeit für die Jugendlichen über 16 Jahre täglich bis zu achteinhalb (das jetzige Gesetz schreibt zwingend acht Stunden vor) Stunden und wöchentlich 42 Stunden, in der Landwirtschaft während der Erntezeit sogar 48 Stunden betragen. Da der DGB-Forderung nach voller Anrechnung der Pausenzeit auf die Arbeitszeit ohnehin nicht Rechnung getragen wird, legalisiert der Entwurf eine Schichtzeit von zehn Stunden täglich.

■ Die Ausnahmebestimmungen des Beschäftigungsverbots für Jugendliche während der Nachtzeit (zwischen 20 und 0 Uhr) sollen – entgegen der gewerkschaftlichen Forderung – beibehalten werden.

■ Der DGB fordert die volle Freistellung an Berufsschultagen. – Dieser Forderung wird nicht entsprochen: Be trägt die Unterrichtszeit weniger als vier Stunden, soll der Jugendliche weiterhin noch an seinem Arbeitsplatz erscheinen.

■ Der DGB fordert mindestens 36 Werktag Urlaub, für Jugendliche im Untertagebergbau 42 Werktag. – Der Arendt-Entwurf billigt lediglich 30 Werk-

tage zu und schreibt auch noch vor, den Urlaub in zwei Abschnitten zu nehmen.

■ Eine wesentliche DGB-Forderung ist, den Anspruch der Jugendlichen auf 12 Tage Bildungsurlaub im Jugendarbeitsschutzgesetz zu verankern. – Darauf geht der Referentenentwurf überhaupt nicht ein.

■ Groß verkündet wurde auch das Verbot jeglicher Akkord- und akkordähnlicher Arbeiten im Referentenentwurf, wie es von den Gewerkschaften gefordert wird. Doch auch hier sollen Ausnahmen für Jugendliche über 17 Jahre durch das Gesetz sanktioniert werden.

■ Eine weitere wesentliche DGB-Forderung ist die Einführung einer zweiten ärztlichen Nachuntersuchung im zweiten Beschäftigungsjahr, um berufsbedingte Gesundheitsschäden möglichst früh erkennen zu können. – Der Referentenentwurf sieht hier lediglich eine Kann-Bestimmung vor.

■ Die Stellung der Jugendarbeitsschutzausschüsse, über die eine beschränkte Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Angelegenheiten des Jugendarbeitsschutzes möglich wäre, soll kaum verändert werden. Solche Ausschüsse sollen künftig nicht nur bei den Landesregierungen, sondern auch bei den Gewerbeaufsichtsämtern eingesetzt werden. Doch was nutzen Ausschüsse, die weiterhin nur Beratungs- und Vorschlagsrechte haben!

■ Eine weitere wichtige DGB-Forderung ist die Einführung von empfindlichen Mindeststrafen bei Verstößen gegen die gesetzlichen Bestimmungen. – Der Arendt-Entwurf sieht lediglich gegenüber dem jetzt geltenden Gesetz geringfügig erhöhte Höchststrafen vor, die jedoch – entsprechend der jetzigen Praxis – kaum je zur Anwendung kommen dürften.

Völlig unzureichend sind die Aussagen des Entwurfs darüber, wie die Einhaltung der Bestimmungen zu überwachen ist. Doch gerade hier liegt der Hund begraben. Die lasche Handhabung der gesetzlichen Vorschriften durch Aufsichtsämter und Gerichte ist für die Unternehmung der Freibrief zur rücksichtslosen Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft.

Der Gesetzesentwurf des Bundesarbeitsministers ist ein Skandal. Wieder zeigt sich am konkreten Beispiel: Jeder Fortschritt für die Arbeiterschaft und die Arbeiterjugend muß im zähen Ringen gegen das Kapital und die ihm hörigen Kräfte durchgesetzt werden. Mit Aktionen werden Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte gemeinsam mit ihren älteren Kollegen auch für die Durchsetzung eines wirklich besseren Jugendarbeitsschutzes kämpfen müssen. Wolfgang Bartels

Unternehmer drehen jeden BetrVG-Paragraphen um

Nachdem das Betriebsverfassungsgesetz nunmehr seit über einhalb Jahren in Kraft ist, hat sich die Kritik vieler Gewerkschafter, daß dieses neugefaßte Gesetz weiterhin Möglichkeiten für reaktionäre Unternehmerpraktiken im Betrieb biete, völlig als gerechtfertigt erwiesen. Das zeigt sich nicht allein an den massenhaften Hinauswürfen von Jugendvertretern und jungen Betriebsräten nach Ablauf der Ausbildungszeit oder an der Verweigerung des Zugangsrechts für Gewerkschaftsvertreter zum Betrieb. Selbst eindeutige Bestimmungen des BetrVG werden mit einer Flut von Arbeitsgerichtsprozessen ignoriert oder umzuinterpretieren versucht.

„Das nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz erstmalig den Gewerkschaften eingeräumte Zugangsrecht zum Betrieb wird von vielen Unternehmensleitungen entweder nicht gewährt oder höchst restriktiv gehandhabt.“ Das stellte in einem Resümee der Erfahrungen mit dem BetrVG der stellvertretende Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Werner Vitt, in Nr. 8/1973 der „Gewerkschaftspost“ fest. „Der verfassungsrechtlich den Gewerkschaften zugeordnete Gestaltungsauftrag wird vielfach ignoriert...“

Nach wie vor bildet die Behinderung der nach § 37 BetrVG vorgesehenen Schulung von Betriebsratsmitgliedern, soweit sie von gewerkschaftlichen Positionen her erfolgen soll, einen zentralen Punkt unternehmerischer Obstruktion. Mit Tausenden von Beschlußverfahren rennen die Unternehmer gegen die Bestimmungen des § 37 an: gegen die Freistellung zu Bildungs- und Schulungsmaßnahmen, gegen die Übernahme der Kosten (obgleich ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts sie dazu verpflichtet), gegen Inhalt und Dauer der Kurse usw.

Zugleich organisieren die Unternehmer eigene „Bildungs“-Veranstaltungen für Betriebsräte und Jugendvertreter. Was ihnen in diesen Veranstaltungen beigebracht wird, formuliert die IG Metall in einer kürzlich herausgegebenen Dokumentation über Unternehmerattacken gegen § 37 des BetrVG so: „Wirtschaftliche Entscheidungen kann nur der Arbeitgeber treffen, da die Verantwortung hierfür nicht teilbar ist. Entscheidungsberechtigt kann nur der sein, der das Risiko trägt. Bei paritätischer Mitbestimmung im wirtschaftlichen Bereich würden bei Streitigkeiten Außenstehende entscheiden...“

Die IG Metall stellt in ihrer Dokumentation zu solchen Weisheiten der Unternehmer fest: „Die politische Bildungsarbeit ist Teil einer Strategie, mit der die Arbeitgeber das an Einfluß und Herrschaftspositionen zurückerobert wollen, was die abhängig Beschäftigten

an Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen dem Gesetzgeber abgerungen haben.“ Daß die Gewerkschaften offenbar zunehmend richtig darauf reagieren, ist einer am 28. August von der Bundesvereinigung der Unternehmensverbände verbreiteten Erklärung zu entnehmen, worin beklagt wird, daß DGB und IG Metall beschlossen haben sollen, „Betriebsräte, Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre aufzufordern, an keiner Bildungsveranstaltung der Arbeitgeber oder einer ihrer Einrichtungen teilzunehmen“.

Ebenso geht der Hinauswurf von gewerkschaftlich aktiven Jugendvertretern und jungen Betriebsratsmitgliedern bei Abschluß der Lehre unvermindert weiter. Nach einer Veröffentlichung des DGB sind davon schon über 600 junge Gewerkschafter betroffen. Als Reaktion darauf forderten zahlreiche Organe von Gewerkschaften die unverzügliche Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes mit dem Ziel, den in einem Ausbildungsverhältnis stehenden Jugendvertretern und Betriebsratsmitgliedern einen wirksamen Kündigungsschutz zu gewähren, der die Unternehmer verpflichtet, sie auch nach Beendigung der Lehre weiterzubeschäftigen.

Unter dem Druck einer Protestbewegung, die insbesondere von der Gewerkschaftsjugend und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend getragen wird, haben einige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete diese Frage zum Gegenstand einer Gesetzesinitiative gemacht. Zu diesen Abgeordneten gehört auch das Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik, Hermann Rappe. In der August-Ausgabe der „Gewerkschaftspost“ ist ein Interview mit Rappe zu dieser Frage abgedruckt. Mit offensichtlich nicht gerechtfertigtem Optimismus ist das Interview überschrieben: „Jugendvertreter erhalten gleichen Schutz wie Betriebsräte.“

Hermann Rappe selbst meint vorsichtig: „Sofort nach der Sommerpause

wird sich der zuständige Parlamentsausschuß mit dieser Initiative beschäftigen. Ich hoffe, daß wir auf alle Fälle bis zum Jahresende die Gesetzesänderung beschlossen haben...“ — Also zunächst nur eine Hoffnung. Damit der Kündigungsschutz für Jugendvertreter schnellstens Eingang in das BetrVG findet, sind jedoch nach wie vor Protestaktionen der arbeitenden Jugend und der Gewerkschaften unerlässlich.

Ein weiterer massiver Stoß gegen die bescheidenen Möglichkeiten, die das BetrVG für die Interessenwahrnehmung der Arbeiter und Angestellten bietet, kommt von einer Gruppe von vier Unternehmern, die kürzlich beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen 70 Paragraphen des Gesetzes einreichten. Sie begründeten ihre Klage damit, das BetrVG schränke das Grundrecht auf freie unternehmerische Berufsausübung ein und verletze die Eigentumsrechte. Die Gewerkschaften würden quasi zu einer Art Wirtschaftsaufsicht, wozu ihnen die Legitimation fehle. Mit anderen Worten: Diese Unternehmer — die für viele sprechen — beklagen als einen verfassungswidrigen Zustand, daß sie nicht noch rigoroser und selbstherrlicher mit den Arbeitern und Angestellten in den Betrieben umspringen können, als das ohnehin der Fall ist.

Offensichtlich fühlen sich diese vorgeschickten Unternehmer durch manche reaktionäre Arbeitsgerichtsurteile zu ihrem Schritt ermutigt; ein Indiz dafür, daß auch die juristische Absicherung von erzwungenen Zugeständnissen, wie sie in Teilen des BetrVG zum Ausdruck kommen, der ständigen Wachsamkeit und Bereitschaft der Gewerkschaften zum Kampf für die Sicherung von Arbeiterinteressen bedarf.

Der stellvertretende IG-Chemie-Vorsitzende Werner Vitt folgert: „Die Unantastbarkeit der aus dem Eigentum abgeleiteten Herrschaftsmacht genießt bei manchen Richtern noch immer höheren Rang als das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Arbeitnehmer und das kollektivorientierte Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte.“

Unterstreichen kann man unter dem Gesichtspunkt der bisherigen Erfahrungen auch die Feststellung Vitts: „Das Gesetz, das sich in die bestehende Rechts- und Wirtschaftsordnung einordnet, hat nichts an den Machtverhältnissen in den Unternehmen geändert... Der polare Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital wird durch das neue Betriebsverfassungsgesetz weder beseitigt, noch in seinen sozialen und gesellschaftlichen Wirkungen wesentlich gemindert. Das Gesetz hält an dem Prinzip der friedlichen Partnerschaft fest, ohne den Betriebsräten die rechtliche Möglichkeit zu geben, die Interessen der Arbeiter und Angestellten durchdringend in die Unternehmensentscheidungen einbringen zu können.“ Gerd Siebert

Berufsverbote und Entlassungen — ein Hohn auf die Demokratie

Die fortwährende Auseinandersetzung um die Nichteinstellung des Assessors Volker Götz als Richter auf Probe, weil er DKP-Mitglied ist, zeigt die unverminderte Aktualität der Forderung aller demokratischen Kräfte nach Aufhebung des als Berufsverbot praktizierten gemeinsamen „Radikalenbeschlusses“ der Länderministerpräsidenten und des Bundeskanzlers. Der davon erfaßte Personenkreis wird immer größer und betrifft schon lange nicht mehr nur Mitglieder der DKP, sondern auch Gewerkschafter und linke Sozialdemokraten. Die Funktion der Berufsverbote, der Verunsicherung und Abblockung demokratischer Bewegungen zu dienen, wird immer offenkundiger.

Gleichzeitig hat die Praxis der politisch motivierten Berufsverbote den Reaktionen aller Schattierungen Wasser auf die Mühlen antikommunistischer Hysterie geleitet. Unter dem Druck der reaktionären Phalanx von Strauß bis Kohl, Weyer, Riemer und Konsorten wurde selbst die Verfügung des NRW-Justizministers Posser, Volker Götz aus „rechtlichen Erwägungen“ einzustellen, vom stellvertretenden SPD-Vorsitzenden und nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Kühn „ausgesetzt“, nachdem er zunächst der Ernennung zugestimmt hatte.

Die Pseudodemokraten, die in Sonntagsreden die „freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik“ mit zu Herzen gehendem Pathos zu rühmen wissen, sind in eine mißliche Lage geraten. Da ihre Angst vor progressivem Gedankengut und demokratischen Gesellschaftsreformen größer ist als ihr Respekt vor dem Grundgesetz, blasen sie zur Hatz gegen Kommunisten und alle Linken, die sie aus ihrer rechten Optik dafür halten. Eines ihrer letzten Opfer, das ihnen in ihrem systemtreuen Eifer „unterkam“, ist der Lehrer Ulrich Adamus, Mitglied der Jungsozialisten und damit der SPD. Nachdem der Gemeinderat der westfälischen Ortschaft Oeventrop die Ernennung Adamus' zum Beamten auf Lebenszeit abgelehnt hatte, sanktionierte Kultusminister Girgensohn (SPD) diesen Entscheid. Adamus hatte in seiner zweiten Staatsprüfung u. a. geschrieben: „Unsere Schule ist das Abbild der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse.“ Außerdem wurde ihm im Gemeinderat vorgeworfen, er bete nicht mit den Kindern.

Parallel zu der verschärften Anwendung der Berufsverbote hat sich auch die Protestbewegung dagegen verstärkt. Insbesondere die Solidarität mit Volker Götz entwickelte sich bundesweit und quer durch die politischen und gesellschaftlichen Organisationen. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten sowie der Jungdemokraten und der Sozialistischen Deutschen Arbeiter-

jugend forderten ebenso die Aufhebung der Ministerpräsidentenbeschlüsse und die Anstellung von Volker Götz, wie mehrere sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, einzelne FDP-Parlamentarier sowie zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte.

Der Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei, Kurt Bachmann, erklärte: „Wer einem Bürger unseres Landes die ihm verfassungsmäßig gegebenen Grundrechte entzieht, öffnet Tür und Tor für Verfolgung und Repressalien gegenüber allen Demokra-

DGB zur Hochschulreform

Der DGB-Bundesvorstand hat Ende Juli ein 23-Punkte-Programm mit Forderungen des DGB zur Hochschulreform vorgelegt. Als wesentliche Grundforderungen wurden „die Gleichheit der Bildungschancen und die Demokratisierung des Bildungswesens“ herausgestellt. Die Gewerkschaften beanspruchen „eine führende Rolle bei der Diskussion und Durchsetzung der Bildungsreform“. Auch für den Hochschulbereich müsse daher die Reform „von den Interessen der Arbeitnehmer bestimmt sein“.

Generell fordert der DGB die Einführung der Integrierten Gesamthochschule. Die Einrichtung und Finanzierung von privaten Hochschulen und von staatlichen Sonderhochschulen, wie z. B. Bundeswehrhochschulen, wird entschieden abgelehnt. NACHRICHTEN werden zu einem späteren Zeitpunkt noch ausführlich auf die Einzelorderungen eingehen.

ten. Profitieren wird von solcher antikommunistischen Hexenjagd nur die Reaktion.“

Das ist der Kern der Sache! Das rechtswidrige, vom Grundgesetz und richterlichen Grundsatzurteilen nicht gedeckte Vorgehen gegen DKP-Mitglieder und andere Vertreter der demokratischen Linken im öffentlichen Dienst stärkt die notorischen Gegner der Demokratie. Es erzeugt in der BRD eine politische Atmosphäre, in der es selbst Sozialdemokraten und Gewerkschaftern schwer werden könnte, vom Demokratiegeden zu demokratischen, gesellschaftsverändernden Taten zu gelangen.

Es ist kein Zufall, daß in der Landschaft der Berufsverbotspraktiken und des Antikommunismus die politische Hetze und Verunglimpfung besonders auch gegen die gesellschaftskritischen Kräfte bei den Jungsozialisten gedeiht — eine Kampagne, der sich jüngst sogar das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ und der bayerische DGB-Vorsitzende Wilhelm Rothe zur Verfügung stellten. So vermessen kann antikommunistische Emotion wirken, so plötzlich können die Grenzen verschwinden, wenn nicht immer wieder gefragt wird: Wem nutzen die Berufsverbote und die sie begleitende Antilinkshetze? In diesem Zusammenhang erscheint auch das Bestreben mancher Spitzenfunktionäre im DGB, Beschlüsse zur „Abgrenzung von Linksextremisten“ verabschieden zu lassen, als fragwürdig.

In einer Linie mit den Berufsverboten gegen Kommunisten und der Juso-Verkettung müssen auch die fortwährenden Hinauswürfe von gewerkschaftlich aktiven Jugendvertretern und jungen Betriebsräten gesehen werden. Wenn der SPD/FDP-regierte Staat mit seiner Berufsverbotspraxis die Verfassungsgrundsätze mit Füßen tritt, werden Unternehmer nicht gerade ermuntert, Gewerkschafts- und Arbeitsrechte zu respektieren.

Der Kampf gegen Berufsverbote und Maßregelung junger Gewerkschafter hat darum ein- und denselben Nenner: die Durchsetzung demokratischer Rechte und Praktiken und die Realisierung der Mitbestimmung der Lohnabhängigen und Gewerkschafter in allen gesellschaftlichen Bereichen — im öffentlichen Dienst ebenso wie in den Betrieben, im Bildungs- und Justizwesen ebenso wie in der Wirtschaft. Wenn am 20. September die Urheber des Ministerpräsidentenerlasses — wie angekündigt — zu einer weiteren Beratung über die „einheitliche Anwendung“ bzw. „Modifizierung“ der Berufsverbote zusammenkommen werden, dann kann für die Gewerkschafter und alle Demokraten nur eine Forderung gelten: Nicht Modifizierung, sondern Annullierung der Ministerpräsidentenbeschlüsse ist das Gebot der Stunde.

Gerd Siebert

Wien – ein Schritt zum europäischen Gewerkschaftskongreß

„Die Gewerkschaften befinden sich zwar hinsichtlich der Entspannung, wie sie von den Regierungen betrieben wird, noch im Nachtrab, aber es ist anzunehmen, daß jetzt auch sie den Tempoverlust einholen werden.“ Das erklärte der Stellvertretende FDGB-Vorsitzende Wolfgang Beyreuther in einem Interview mit der Wiener „Volkstimme“, nachdem sich Vertreter von sechs europäischen Gewerkschaften am 28. und 29. Juli 1973 in Wien getroffen hatten.

Die Tagung unter dem Vorsitz des ÖGB-Präsidenten Benya und des Leitenden Sekretärs des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Alfred Ströer, wurde von allen Beteiligten als sehr erfolgreich bezeichnet. Neben dem DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter nahmen daran teil: der Generalsekretär des britischen Gewerkschaftsbundes Victor Feather, der Vertreter des schwedischen Gewerkschaftsbundes Arne Gejer, der Vorsitzende des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften Alexander Schelepin, der Generalsekretär der ungarischen Gewerkschaften Sandor Gaspar und der Stellvertretende FDGB-Vorsitzende Wolfgang Beyreuther. Die Zusammenkunft diente der Vorbereitung eines Treffens aller europäischen Gewerkschaftszentralen anlässlich der Regionaltagung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Anfang kommenden Jahres in Genf.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz nach einer zweitägigen Tagung im Hause des ÖGB in der Strudelhofstiege in Wien, betonte DGB-Vorsitzender Vetter: „Wir sind optimistisch hinsichtlich der Aussprache mit unseren Gewerkschaften, denn wir haben fruchtbare Arbeit geleistet.“ Die Gewerkschaften sind sich der Verantwortung für alle sozialen Fragen bewußt, sei es in der Abwendung „negativer Auswirkungen der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung“, des Umweltschutzes „vom Arbeitsplatz bis zu den Industrien“, der Arbeitssicherheit, aber auch gravierenden politischen Fragen wie der Friedenssicherung und des Kampfes gegen das Vordringen multinationaler Monopole. „Die Gewerkschaften aller Länder, besonders der europäischen, müssen alles tun, damit die gegenseitigen Beziehungen enger werden“, betonte Alexander Schelepin in Wien.

Wolfgang Beyreuther sprach in seinem Zeitungsinterview die Hoffnung aus: „Es wäre wünschenswert, daß der positive Ausgang in Wien sich bei der nächsten Zusammenkunft in Genf fortsetzt. Und es wäre noch wünschenswerter, daß die positiven Gedanken des hier durchgeführten Gesprächs Gedankengut aller Gewerkschaftsorgani-

sationen würden.“ In Wien war man sich auch einig darüber, daß auch Gewerkschaften, die keiner der beiden großen internationalen Bünde, WGB oder IBGF angehören, an den Genfer Beratungen teilnehmen können; davon ausgenommen sind allerdings die Vertreter diktatorischer Organisationen aus Spanien, Portugal und Griechenland.

Reaktionäre Kreise in der Bundesrepublik haben das Wiener Treffen mit „Überraschung“ und Mißfallen zur Kenntnis genommen. DGB-Vorsitzender Vetter sah sich mißbilligenden Kommentaren ausgesetzt. Man hält es jetzt für möglich, daß auch die von den sozialistischen Gewerkschaften seit langem vorgeschlagene europäische Gewerkschaftskonferenz nach der Genfer Zusammenkunft zustande kommt. Der DGB steckte daraufhin leider mit der Stellungnahme zurück, daß seinerseits noch keineswegs eine Zustimmung dafür vorliege. Aber auch Vetter dürfte sich wohl darüber im klaren sein, daß der einmal in Gang gebrachte Zug schwerlich zu stoppen ist. Die europäischen Probleme sind im wesentlichen Probleme der arbeitenden Menschen, die in allen Ländern die überwiegende Mehrheit stellen. Ihre Probleme sind auf die Dauer nicht ohne aktive Teilnahme der Gewerkschaften zu lösen.

In einem Gespräch, das ich kürzlich mit Wolfgang Beyreuther in Rostock führte, erklärte der Stellvertretende FDGB-Vorsitzende nachdrücklich: „Wir sind für die Durchführung einer europäischen Gewerkschaftskonferenz, die danach zu einer regelmäßig wiederkehrenden Einrichtung werden sollte.“ Dieser Ansicht stimmte auch der 3. Vorsitzende der Gewerkschaftszentrale Finnlands (SAK), Pekka Oivio, zu: „Der SKA hat nie Zweifel daran gelassen, daß er an dem Gedanken einer gesamteuropäischen Gewerkschaftskonferenz festhält.“

Pekka Oivio hält das Abrüstungsproblem für eine zentrale Frage gewerkschaftlicher Initiative. „Was hier an Geldern eingespart werden kann, das müssen wir unmittelbar für die Sozialfonds unserer Staaten nutzbar machen.

Der englische Gewerkschaftsführer Victor Feather hat nach der Wiener Zusammenkunft noch einmal seine Ansicht bekräftigt, daß in Zukunft nur eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung die anstehenden Probleme bewältigen kann. Bis dahin ist es sicher noch ein weiter Weg. Unverkennbar aber ist der internationale Drang der Arbeiterbewegung nach einer dauerhaften engen Zusammenarbeit.

Peter Baumöller

Ausländer: Teil der Arbeiterklasse in der BRD

Am 18. Juli 1973 fand eine Beratung des Parteivorstandes der DKP mit 70 Vertretern von ausländischen Arbeitern statt. Sprecher der ausländischen Kollegen begrüßten, daß die DKP sich aktiv für den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse der BRD mit den ausländischen Arbeitern und Angestellten, gegen die Macht des Großkapitals, für soziale und politische Rechte, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und für Mitbestimmung einsetzt.

In einer Erklärung legte das Präsidium der DKP das grundsätzliche Verhalten der DKP zu den ausländischen Arbeitern und Angestellten dar und forderte zur öffentlichen Diskussion dieser Grundsätze auf. Zusammenfassend erklärte Ludwig Müller dazu u. a.:

„Unser erster Grundsatz ist die Feststellung, daß keine Frage über die Köpfe unserer ausländischen Kollegen hinweg entschieden werden darf ...

Der zweite Grundsatz, von dem die DKP ausgeht, ist die Tatsache, daß die ausländischen Kollegen ein wichtiger Teil der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik sind. Nur im Klassenkampf, mit der Solidarität der gesamten Arbeiterklasse, können daher die besonderen Probleme der ausländischen Arbeitskollegen gelöst werden. Jeder Versuch, mit nationalistischer Propaganda oder wirtschaftlicher Diskriminierung einen Keil zwischen deutsche und ausländische Arbeiter zu treiben, muß entschieden bekämpft werden.

Ein dritter Grundsatz unserer Vorschläge geht von der Erkenntnis der Arbeiterbewegung aus, daß die ökonomischen, sozialen und politischen Interessen der Arbeiterklasse eine Einheit bilden. Das bedeutet, daß unsere ausländischen Kollegen vor allem größere politische Rechte brauchen, um wirksam für ihre Interessen, auch für ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen, eintreten zu können ...“

Vorbereitung auf WGB-Kongreß auch in Sowjetgewerkschaften

Die sowjetischen Gewerkschaften gehören zu den Gründern des Weltgewerkschaftsbundes (WGB). Infolgedessen, und auch weil 98 Millionen Gewerkschafter ein starkes Interesse an Vorbereitung und Verlauf des 8. WGB-Kongresses, der vom 15. bis 22. Oktober 1973 in Warna stattfindet, haben, spielt dieses Ereignis eine bedeutsame Rolle im sowjetischen Gewerkschaftsleben. Die 6-Millionen-auflagestarke Gewerkschaftszeitung „Trud“ veröffentlicht täglich in- und ausländische Meinungen zum Warna-Kongreß. In den Großbetrieben der Sowjetunion werden derzeit die zwei Hauptdokumente des kommenden Kongresses erörtert.

Die Gewerkschafter werden von Referenten mit dem Inhalt der Dokumente bekanntgemacht (die Entwürfe haben insgesamt 20 Artikel) und diskutieren darüber. Im Zentralrat der Gewerkschaften fließen anschließend die Meinungen der Mitglieder zusammen. Die Diskussion der „Charta der Gewerkschaftsrechte und sozialökonomische Forderungen der Werktätigen der kapitalistischen Länder in der heutigen Zeit“ und des „Orientierungsdokuments“ stellt gegenwärtig den Hauptinhalt der Aussprachen in Gewerkschaftsleitungs- sowie Gewerkschaftsvollversammlungen dar.

In der „Charta“, die in Warna von Gewerkschaftsvertretern aller Erdteile diskutiert werden wird, geht es unter anderem um die Fragen des Rechts der Gewerkschaften, ebenso um die allgemeine Einführung des in den sozialistischen Ländern garantierten Rechts auf Arbeit; weiterhin um die Verwirklichung des Rechts auf die Ergebnisse der eigenen Arbeit. Im Entwurf der „Charta“, ist nachgewiesen, daß von 1960 bis 1972 in den kapitalistischen Ländern 500 Millionen Arbeiter und Angestellte streiken und daß 1972 100 Millionen Menschen arbeitslos waren. Bis 1984 müßten mindestens 475 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, um eine annähernde Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Im Entwurf der WGB-Charta wird ferner betont, daß angesichts dessen, daß z. B. 1973 in den USA 200 multinationale Kapitalgesellschaften 60 Prozent der Produktion kontrollieren, der Kampf gegen die internationalen Monopole koordiniert werden muß. Dazu wird in der „Charta“ u. a. der Austausch von gewerkschaftlichen Informationen und Erfahrungen sowie die Bildung multinationaler Komitees vorgeschlagen.

Ein weiterer Punkt der „Charta“ beinhaltet die Forderung nach internationalen Wirtschafts-, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die den Interessen der Werktätigen und Völker entsprechen. Arbeitsbedingungen und Umweltschutz, Erhöhung der Qualität der Ar-

beitsbedingungen, Demokratisierung der Bildung und Berufsausbildung, die arbeitende Frau, die werktätige Jugend sowie antikapitalistische Alternativen heißen weitere Hauptpunkte der „Charta“.

In einem Gespräch im Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften wiesen Funktionäre u. a. darauf hin, daß der Ausbau der Kontakte der Sowjetgewerkschaften mit anderen Ländern ebenfalls einen günstigen Einfluß auf die Vorbereitung des WGB-Kongresses ausübe. Zur Zeit unterhalten die sowjetischen Gewerkschaftsorganisationen Kontakte zu Gewerkschaften in 116 Ländern. Das ist die übergroße Mehrzahl aller existierenden Organisationen, darunter auch zu den DGB-Gewerkschaften. Mit dem DGB wurden u. a. Seminare vereinbart, in denen wechselseitig Referenten der UdSSR und des DGB auftreten werden.

Der Warna-Kongreß hat in allen Ländern ein starkes Interesse geweckt, und viele Gewerkschaftsvertreter werden an ihm teilnehmen, um sich über Arbeit und Ziele der dem WGB angeschlossenen Gewerkschaften zu informieren. Die sowjetischen Delegierten sind Kollegen, die im Arbeitsleben ihres Landes als ausgezeichnete Arbeiter eine Rolle spielen. Aber die UdSSR-Delegation wird kleiner sein, als es das WGB-Statut vorsieht, weil die WZSPS, wie die hiesigen Gewerkschaften abgekürzt heißen, nicht als die größte Delegation in Warna erscheinen will. Nach dem Statut wären es fast 160 Delegierte. Auf Beschluß des Sekretariats des WZSPS wird jedoch nur ein Vertreter jedes nationalen Gewerkschaftsverbandes entsandt werden.

Der Kongreß von Warna, so wird von Sowjetgewerkschaften betont, wird auch dazu beitragen, die notwendigen Voraussetzungen für den geplanten Gewerkschaftskongreß aller europäischen Gewerkschaften zu schaffen.

H. Kuschnik, Moskau

UdSSR: 25 000 Kur- und Erholungseinrichtungen

25 000 Kur- und Erholungseinrichtungen stehen gegenwärtig den sowjetischen Werktätigen in den schönsten Gegenden der UdSSR zur Verfügung. Hinzu kommen Tausende Touristenbasen, Sportlager und Campingplätze, Ferienhäuser für Jäger und Angler und andere Urlaubszentren. Über 18 000 Sanatorien und Erholungsheime, in denen sich ständig mehr als 300 000 Arbeiter, Kollektivbauern und Angestellte befinden, besitzen allein die Gewerkschaften der Sowjetunion. Insgesamt 16 Millionen Werktätige konnten im vergangenen Jahr ihren Urlaub in diesen Ferien- und Kurzentren erleben.

Rund 200 Millionen Rubel wurden 1972 für die Erweiterung der gewerkschaftlichen Kur- und Ferienkomplexe durch Neubauten und Rekonstruktion investiert. Um insgesamt mehr als 230 000 Plätze erhöht sich die Aufnahmekapazität der Kureinrichtungen und Touristenbasen der sowjetischen Gewerkschaften bis 1975. Dafür stehen über 1,5 Milliarden Rubel im Staatshaushalt bereit. Bedeutend ausgebaut wurde in jüngster Vergangenheit das Netz der Erholungseinrichtungen sowjetischer Betriebe. Die Zahl der betriebseigenen Sanatorien liegt jetzt bei fast 2000. Sie bieten jährlich mehr als 1,5 Millionen Werktätigen Platz 2.

Bulgarien: Preissenkung für Konsumgüter

Umfangreiche Preissenkungen bei Konsumgütern traten im Juni dieses Jahres in Bulgarien in Kraft. Einen entsprechenden Beschluß hat der bulgarische Ministerrat in Erfüllung des vom ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei im Dezember 1972 angenommenen Komplexprogrammes für die weitere Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung gefaßt. So wurden die Preise von Baby-, Kinder- und Jugendbekleidung um durchschnittlich 13 Prozent, von Baby- und Kindertrikotagen um durchschnittlich 20 Prozent sowie von Baby- und Kinderstrümpfen und -strumpfhosen um rund 50 Prozent gesenkt.

Außerdem werden die Preise verschiedener Waschmittel um durchschnittlich 80 Prozent und die Preise einiger Metallzeugnisse und von Handwerkszeug um rund 28 Prozent herabgesetzt. Infolge der Preissenkungen für alle im Beschluß enthaltenen Waren, die vor allem jungen Ehen und kinderreichen Familien zugute kommen, verringern sich die für den Lebensunterhalt notwendigen Ausgaben der Bevölkerung jährlich um etwa 35 Millionen Lewa.

Solidarität mit Lip-Arbeitern: Neue Kampfformen in Frankreich

Lip in Besancon ist das führende Unternehmen der Uhrenindustrie in Frankreich. Es wurde bereits 1968 von einem Schweizer Uhrenkonzern zu 43 Prozent unter Kontrolle gebracht mit dem Ziel, Lip als Konkurrenzunternehmen auszuschalten. Der Konzern brachte Lip in „geschäftliche Schwierigkeiten“. Es drohten den 1300 Beschäftigten Entlassungen, Produktionseinschränkungen, Demontage, Gefährdung der Auszahlung von Löhnen und schließlich die Stilllegung des Betriebes. Die Arbeiter aber antworteten dem Schweizer Konzern mit der Besetzung der Fabrik und der Weiterführung der Produktion auf eigenes Konto.

Der Verkauf der Uhren wurde ab Werk organisiert, die Uhren wurden billiger. Die Lip-Arbeiter hatten damit in ganz Frankreich einen riesigen Erfolg. Diese Aktion der Lip-Arbeiter löste im ganzen Lande eine große Solidarität aus. Einmal halfen die Gewerkschaften ihnen, die Uhren zu verkaufen und damit den Lohn zu sichern, und weiter begrüßten breite Arbeiterschichten diese neue Form des Kampfes gegen die Monopole, um die Arbeitsplätze zu verteidigen.

Die Lip-Arbeiter bewiesen, daß sie ohne Monopolherren, auch ohne die Manager, den Betrieb leiten, die Produktion und den Handel meistern können. Alle Appelle der Gewerkschaften CGT und CFDT an die Regierung, staatliche Aufträge zu garantieren und Kredite zu sichern, blieben ohne Antwort. Ein Gericht in Besancon erklärte das Werk Lip für bankrott, was ganz im Interesse der Konzernleitung war. Es geschah das in den kapitalistischen Staaten Übliche. Mit einem Überraschungscoup bei Nacht und Nebel besetzte die Polizei das Werk. Die Regierung meldete sich jetzt ebenfalls und schlug vor, das Lip-Werk in drei neue Privatunternehmen aufzuteilen und einen großen Teil der Belegschaft, bis zu 500 Mann, zu entlassen.

Die Arbeiter bei Lip führen jedoch ihren Kampf zur Sicherung der Arbeitsplätze weiter und haben dabei die volle Unterstützung ihrer Gewerkschaften sowie der Kommunistischen und Sozialistischen Partei Frankreichs (SFJO).

Der Kampf der Arbeiter bei Lip hat einen Zusammenhang mit den Ereignissen in einem neuen Aluminiumwerk des Picheney-Ugine-Kuhlmann-Konzerns in Noguères, wo die 450 Arbeiter bessere Arbeitsbedingungen, mehr Bezahlung und eine neue Urlaubsregelung verlangten. Die Arbeiter wurden im Betrieb für ihre Forderungen aktiv, aber die Direktion drängte die Arbeiter aus dem Betrieb, ließ es darauf ankommen, die Schmelzöfen kalt werden zu lassen. Dem Konzern ging es nicht um Erhaltung eines Zweigbetriebes,

sondern um einen Machtstandpunkt, die Ablehnung der Forderungen der Arbeiter. Die Gewerkschaften, die hinter den Picheney-Arbeitern stehen, betonen, daß es ihnen um die Erfüllung der Forderungen der Arbeiter gehe und darüber hinaus um die Erhaltung der Hüttenanlagen in dieser Region zur Sicherung der Arbeitsplätze.

Zusammenarbeit der Journalisten

Im Rahmen gewerkschaftlicher Kontakte zwischen den unterschiedlichsten Organisationen in Europa wollen nun offenbar auch die Journalisten nicht mehr zurückstehen. Bemerkenswert war unter diesem Aspekt eine Konferenz in Neapel und auf Capri in Italien, die bereits im Juni 1973 stattfand. Sie kam auf Initiative des italienischen Presseverbandes (Federazione della Stampa Italiana) zustande und war die zweite ihrer Art. Bereits vor sechs Jahren hatte der italienische Presseverband, der keiner der beiden internationalen Journalistenorganisationen angehört, eine solche Begegnung veranlaßt.

Jetzt in Neapel und auf Capri nahmen Vertreter aus über 20 europäischen Ländern an der Diskussion über das Thema teil: „Der Journalist in der heutigen Gesellschaft — konfrontiert mit den technischen und wirtschaftlichen Phänomenen des Informationswesens.“ Das einleitende Referat zu einer zweieinhalbtägigen Aussprache hielt der Generalsekretär des italienischen Presseverbandes, Dr. Luciano Ceschia. Er hob die besondere Verantwortung der Journalisten für ein objektives Informationswesen hervor. Die Pressefreiheit sieht er vornehmlich durch wirtschaftliche Konzentration und Konzernbildung bedroht.

Als Ergebnis der Konferenz wurde ein Schlußdokument verabschiedet, in dem die Nützlichkeit von Initiativen unter-

In Fos bei Marseille, wo 15 000 Arbeiter beschäftigt sind, entsteht ein großer Hüttenkomplex. Mehrere Monopole und der Staat sind daran beteiligt. Den dort Beschäftigten wurde für zehn Jahre Arbeit versprochen. Jetzt aber, kaum, daß der erste Bauabschnitt beendet ist, sollen bis Jahresende über 11 000 Bauarbeiter und Monteure entlassen werden. Dagegen wurde im Juli gestreikt. Die Polizei griff brutal Streikposten an. Der Streik, der inzwischen beendet wurde, richtete sich auch gegen unzumutbare Wohn- und Arbeitsbedingungen sowie gegen die 50stündige Wochenarbeitszeit.

Schon diese drei Aktionen der Arbeiter in Frankreich zeigen, daß es bei den Auseinandersetzungen um weitergehende Fragen geht: gegen die Konzernherrschaft, gegen die Wirtschaftspolitik des Staates, für ein eigenes Konzept der Arbeiterklasse, das in dem gemeinsamen Regierungsprogramm der KPF und der SFIO seinen Niederschlag fand. Obwohl die Wahlen vorüber sind, geht der Kampf um die Durchführung dieses Programms in den Betrieben, im ganzen Lande weiter. L.

strichen wurde, die „darauf abzielen, die Beziehungen zwischen den Gewerkschaftsorganisationen der Journalisten zu festigen“. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß durch das Treffen in Capri die Beziehungen zwischen den internationalen und nationalen Journalisten-Organisationen intensiviert wurden, um eine aufbauende Zusammenarbeit zu entwickeln.

Neben Journalisten aus Bulgarien, der DDR, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Jugoslawien, Italien, Malta, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn der CSSR und der UdSSR nahmen aus der Bundesrepublik als Vertreter der Deutschen Journalisten-Union in der IG Druck und Papier Eugen Stotz und für den Deutschen Journalisten-Verband Herr Crous teil. Das bedeutsamste Ergebnis der Konferenz ist der Beschluß, beim italienischen Presseverband ein ständiges Sekretariat einzurichten, dessen Aufgabe die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den internationalen Verbänden F. I. J. und O. I. J. sein soll.

Im Gespräch mit der DDR-Delegation, so berichtete Eugen Stotz dem Hauptvorstand der IG Druck und Papier nach seiner Rückkehr, wurde Einvernehmen darüber erzielt, daß nach dem Treffen der IG Druck und Papier im FDGB und DGB auch Journalistenkontakte angebahnt werden p.b.

16. Arbeiterkonferenz: Erfolgsbilanz und neue Aufgaben

Die 16. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands, stand im Juli in Rostock ganz im Zeichen der Entspannungspolitik und der sich in der Welt abzeichnenden Entwicklung, die in Europa eine Wende vom kalten Krieg zur praktischen Koexistenz einleitet und neue Möglichkeiten für einen dauerhaften Frieden eröffnet hat. Mit Genugtuung konnten die 645 Delegierten, Beobachter und Gäste feststellen, daß die Forderung auf völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die auf allen vorhergegangenen Arbeiterkonferenzen im Vordergrund gestanden hatte, durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der übergroßen Mehrheit der europäischen Staaten verwirklicht worden ist.

Die vorbehaltlose Unterstützung der Friedensinitiativen, vornehmlich des sozialistischen Lagers, durch die Arbeiterkonferenzen, hat die Regierungen der kapitalistischen Ostseeländer gezwungen, diesen Weg der Entspannung einzuschlagen. In den Diskussionen kam aber zum Ausdruck, daß es falsch sei, jetzt in Selbstzufriedenheit zu verharren. In einem einstimmig angenommenen Appell — es gab nur zwei Enthaltungen — heißt es dazu:

„Die Delegierten der 16. Arbeiterkonferenz halten es für die wichtigste Aufgabe der Gegenwart, die erreichten Ergebnisse des Friedenskampfes fest im Leben unserer Völker zu verankern und sie durch die Aktionseinheit der Arbeiter und Gewerkschafter zu schützen. Unsere gemeinsame Arbeit soll auch in Zukunft dazu beitragen, die Politik der friedlichen Koexistenz verstärkt fortzusetzen. Deshalb rufen wir auf, mit aller Konsequenz gegen jene reaktionären und friedensfeindlichen Kräfte, die sich dem Prozeß der Entspannung entgegenstellen, aufzutreten. Wir geben den in der ersten Phase der Staatenkonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erzielten Resultaten unsere volle Zustimmung... Wir werden alles tun, um einen erfolgreichen Verlauf der Staatenkonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit zu unterstützen.“

Ferner heißt es in dem Appell, daß die Gewerkschaften in den Ostseeländern aufgefordert seien, durch vielfältige Initiativen die Vorbereitung und Durchführung des Weltkongresses der Friedenskräfte in Moskau, der Ende Oktober dieses Jahres stattfindet, zu unterstützen. Auch wird die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß der im Oktober nach Warna einberufene 8. Weltgewerkschaftskongreß Impulse für die Entspannungspolitik ausstrahlen und eine wichtige Rolle bei der weiteren Festigung der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung spielen wird.

Der Appell schließt mit den Worten: „Die gemeinsamen Aktionen der Arbeiter und Gewerkschafter der Ostseeanliegerstaaten, Norwegens und Islands, für Frieden und sozialen Fortschritt, gegen Imperialismus und das internationale Monopolkapital tragen dazu bei, einen dauerhaften Frieden zu sichern, die Rechte der Arbeiter zu erhöhen und ihre Forderungen nach Sicherheit der Arbeitsplätze zu erfüllen.“ In diesem Absatz kam gleichzeitig das Generalthema der 16. Arbeiterkonferenz zum Ausdruck.

Neben diesem Hauptthema wurde in zwei Arbeitskreisen über „Zusammenarbeit in der gewerkschaftlichen Internationale — Notwendigkeit und Möglichkeiten“ sowie über „Schutz und Verbesserung des Arbeitsmilieus und der Umwelt — dringendes Anliegen der Gewerkschaften“ diskutiert. Zum Umweltproblem nahm der Kongreß außerdem eine Erklärung an, in der es u. a. heißt:

„Wir rufen die Gewerkschaften unserer Länder auf, entschlossen gegen die Verschmutzung der Luft und des Wassers, gegen die Verursachung von Schäden an der Natur sowie den Mißbrauch der Naturreichtümer und für die ständige Verbesserung der Arbeitsumwelt aufzutreten. Wir wenden uns gegen die Durchführung von Kernwaffenversuchen und fordern die Reinhaltung der Luft und des Wassers von atomaren, bakteriologischen und chemischen Stoffen, die zu ernsthafter Bedrohung des Lebens und der Umwelt führen.“

Zum Schluß wird erklärt, daß die Kosten für die Lösung der Umweltschutzprobleme von denjenigen getragen werden sollen, „die im Interesse des Profites das Leben und die Gesundheit der Werktätigen mißachten. Die Schuldigen für die Verschmutzung der Umwelt und schlechte Arbeitsbedingungen sind zu entlarven und zur Verantwortung zu ziehen.“ sr

Weiterhin Kampf gegen Atomkriegsgefahr

Die folgenden Zeilen sandte uns, anläßlich des Antikriegstages am 1. September, Gerhard Haut, Mitglied des Erweiterten Hauptvorstandes der IG Druck und Papier:

Im Zeichen der gegenwärtigen Entspannungspolitik werden bei allen Völkern dieser Erde neue Hoffnungen geweckt, vor allem die Hoffnung auf Frieden. Ein neuer Weltkrieg mit seinen verheerenden Folgen und schrecklichen Blutopfern soll ausgeschlossen bleiben. Zeigte doch die Auseinandersetzung in Vietnam, daß ein Krieg heute nicht mehr militärisch zu gewinnen ist, es sei denn, man vernichtet sich und den „Feind“, die ganze Erde! Und trotz dieses Wissens hält das Wettüben unvermindert an.

Das Atomtest-Stopp-Abkommen wurde zwar von den USA und der Sowjetunion nebst vielen anderen Staaten unterzeichnet; Frankreich und China traten aber nicht bei. So hat Frankreich, trotz der weltweiten Proteste und Verurteilung durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag, in den letzten Wochen seine erste Wasserstoffbombe auf dem Mururoa-Atoll gezündet und damit eine neue Atomtest-Serie begonnen. Ungeachtet des Schadens, den die Menschheit dadurch erleidet.

Das Stockholmer „Institut für Friedensforschung“ hat festgestellt, daß die Zahl der strategischen Atomwaffen der USA und der Sowjetunion trotz der Unterzeichnung des ersten Abkommens zur Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT) im Mai 1972 weiter zugenommen hat.

Zwar will angeblich niemand einen Atomkrieg. Er steigt aber aus den wachsenden Waffen-Zusammenballungen als schreckliches und verhängnisvolles Schicksal der Völker auf, die leben und nicht sterben wollen. Ein örtlicher Konflikt würde dann genügen, die Katastrophe, an die vorher niemand geglaubt hat, und die angeblich auch niemand will, auszulösen. Solange die Völker nicht die Drahtzieher der Vernichtung und ihres eigenen Untergangs erkennen und an die Kette legen, schreitet diese unheimliche Entwicklung fort, bis der Untergang, die letzte Katastrophe, nicht mehr aufgehalten werden kann.

Sicherheitskonferenzen und Sicherheitsabkommen sind gut; Abrüstung aber ist besser!

Terminkalender

- **13. bis 15. September**
Wissenschaftliche Arbeitstagung der IG Metall über Streik und Aussperrung in München.
- **14. September**
Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Duisburg.
- **12. und 13. Oktober**
8. zentraler Jugendtag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Fulda.
- **15. bis 22. Oktober**
VIII. Weltgewerkschaftskongreß in Warna, Bulgarien.
- **25. und 26. Oktober**
8. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsräte im Ostseebad Timmendorfer Strand.
- **27. und 28. Oktober**
Bundes-Frauenarbeitstagung der Gewerkschaft Leder in Gießen.
- **2. bis 4. November**
Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei in Hamburg.
- **26. bis 27. November**
7. Bundes-Personalrätekonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Ludwigshafen.

Hohe Rüstungsgewinne

45 Prozent ihrer Gewinne werden die Rheinmetall-Aktionäre in diesem Jahr aus dem Rüstungsgeschäft ziehen. Das Unternehmen erwartet für das laufende Jahr Umsatzerlöse von 440 Millionen DM gegenüber 387 Millionen DM 1972. Davon entfallen 200 Millionen DM auf den Rüstungssektor.

Zu guter Letzt

Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl sprach, wie er heißt: Die Streiks der Arbeiter und Angestellten für Teuerungszuschläge „untergraben die Tarifautonomie und den Rechtsfrieden“.

Und die Preistreiber der Unternehmer untergräbt die Löhne.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt ein Fragebogen an die Leser der NACHRICHTEN bei sowie ein Prospekt des Buches „Arbeiterseminar '73 — Löhne, Profite, Preise in der BRD“. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Gepfefferte Mieterhöhungen für drei Millionen Wohnungen

Rund drei Millionen Haushalte in der Bundesrepublik haben nach einer Schätzung des Deutschen Mieterbundes in Kürze eine erneute gepfefferte Erhöhung ihrer Wohnungsmiete zu erwarten. Teilweise ist sie schon erfolgt. In der Hauptsache trifft diese neue Mieterhöhungswelle die Mieter von Sozialwohnungen als Folge der von Bundesregierung und Bundesbank betriebenen Hochzinspolitik. Dadurch steigen auch die Hypothekenzinsen. Nach einer Faustregel führt gegenwärtig die Erhöhung des Zinssatzes für Hypotheken um 1 Prozent zu einer Mieterhöhung bis zu 40 DM.

In München haben 250 000 Haushalte damit zu rechnen, daß sie ab 1. Januar 1974 monatlich bis zu 70 DM mehr Miete zahlen müssen. Darunter sind 100 000 Mieter von Sozialwohnungen. In Hamburg droht 190 000 Bewohnern von Sozialwohnungen eine weitere Mieterhöhung. In Bremen sind etwa 20 000 mit Sparkassengeldern finanzierte Sozialwohnungen von der Erhöhung der Miete betroffen. Ein Teil der Mieter muß schon jetzt mehr für die Wohnung zahlen, für die Mehrzahl wird die neue Erhöhung zum 1. Oktober fällig.

Diese umfangreichen Mietsteigerungen infolge der staatlichen Hochzinspolitik bestätigen erneut, daß trotz aller gegenteiliger Beteuerungen die Arbeiter, Angestellten und Rentner die Last der Scheel-Regierung zu tragen haben. Die letzte Einkommenserhöhung wird für viele der Betroffenen allein durch diese rapide Mietsteigerung aufgezehrt, wenn nicht sogar übertroffen. Nach der Heraussetzung der Tabak-, Branntwein-, Benzinsteuern und kommunaler Tarife, der angekündigten neuen Erhöhung der Post-, Fernseh-, Rundfunk- und Telefongebühren, ist diese Verteuerung der „Stabilitäts“-Maßnahmen der Brandt Wohnung ein weiteres Beispiel dafür, in welchem Maße sich der bundesdeutsche Staat als Preistreiber betätigt. Während die Mieten steigen, geht das, was von der Höhe der Miete her betrachtet völlig zu Unrecht immer noch als „sozialer“ Wohnungsbau bezeichnet wird, weiter zurück. Die Bundesregierung hat zwar in ihrem langfristigen Wohnungsbauprogramm eine jährliche Förderung von 200 000 bis 250 000 Wohnungen vorgesehen, 1972 sind aber nur 182 200 Wohnungen gefördert und nur 160 000 geförderte Wohnungen fertiggestellt worden. Der Anteil des „sozialen“ Wohnungsbaus am gesamten Wohnungsbau betrug im vergangenen Jahr nur noch 23 Prozent.

Dieser Rückgang wird von dem zuständigen Bundesminister Dr. Vogel vor allem auf den Anstieg der Baukosten und der Hypothekenzinsen zurückgeführt. Allein von 1969 bis 1972 sind die

Bauleistungen an Gebäuden um 37 Prozent teurer geworden, und der durchschnittliche Verkaufspreis für baureifes Land ist um 31,7 Prozent gestiegen. Der Bundeswohnungsbauminister kündigte eine erneute Reduzierung des sozialen Wohnungsbaus an, und der Vorstandsvorsitzende der „Neuen Heimat“, Viotor, rechnet für 1975 nur noch mit höchstens 100 000 Sozialwohnungen.

So vollzieht sich hier in einem der elementarsten Lebensbereiche für alle Menschen eine Entwicklung, die genau den gewerkschaftlichen Zielvorstellungen entgegengesetzt ist. In seinem Grundsatzprogramm fordert der DGB: „Die Deckung des Wohnungsbedarfs für die Bevölkerungskreise mit geringem Einkommen zu tragbaren Mieten muß bei der Durchführung von Wohnungsbauprogrammen Vorrang erhalten.“ BÖ.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember — nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium: Dr. Werner Petschick, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66;

Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/3; Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 0372, Glauburgstraße 66; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postscheckkonto: Frankfurt 305040-606.

Einzelpr. 1,75 DM; Jahresabonnement 20,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 10,— DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster



NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.
Frankfurt am Main